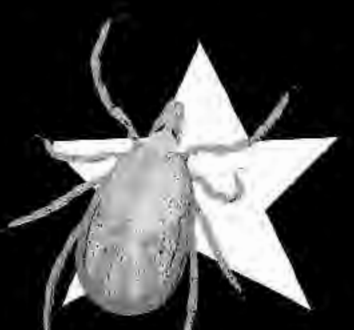


das info aus der roten flora

zeck

Nr. 144 Mai / Juni 08



Liebe Leser_innen,

So schnell kanns gehen und schon ist wieder Halbzeit im Jahr.
Als Punktsieg kann man die "out of control-Tage rund um den 1. Mai für uns schon verbuchen, obwohl die Nazis mit Hilfe der Schergen ein kleines Stück gelaufen sind.

Im Sommer gehen wir dann alle schön campen und erquicken uns neben diversen Aktionen an den Camp-Vokü's. Beste Aussichten also!

Ansonsten mal wieder vielen Dank für die vielen Zuschriften - ihr seid super, macht weiter so! An Geld mangelt es nach wie vor, aber wir wollen nicht schon wieder jammern.

In dieser Ausgabe findet ihr Nachbereitungstexte zu den antifaschistischen Aktionen in Lübeck und Neumünster. Zudem noch drei Texte zur aktuellen Sexismusdebatte, die ja bereits die letzte Ausgabe gefüllt hat. Außerdem gibt es jetzt die Fortsetzung des Textes vom Anti-Atom-Büro warum sich die Linke auch mit der Thematik Klima auseinandersetzen sollte. Ergänzend dazu gleich noch 2 Aufrufe zum diesjährigen Klimacamp.

Wer nicht nur für/gegen das schöne Wetter campen will, dem/der sei das zeitgleich stattfindende AntiraCamp vom 17.-24.08 direkt vor der Haustür wärmstens empfohlen.

Wir sehen uns in der zweiten Jahreshälfte wieder.
Bis dann und bleibt revolutionär
ZECK

Inhalt

Kurzes	3/4
anti-sexismus	
- Offener Brief	5
- Zwischen anti-feminismus ...	6-8
- Chronologie	8/9
Wahlverwandtschaften	10-15
Klima-Camp 08	16-18
antifa	19-27
Neus aus Katzheide	28
anti-atom	29-31

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf Datenträgern (CD, Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck g bt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Wir trauern um unseren Freund Kayo, der vielen als der Postermann, Guerilljah Marketing Inhaber, Stubborn Brotha und Gründer des Shango Sounds bekannt war.
Kayo war auch ein politisch vielseitig engagierter Mensch der sich sehr für die Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh einsetzte.
Wie erst jetzt bekannt wurde schied Kayo Ende Januar unter tragischen Umständen aus dem Leben.

Rest in peace



\####################################

Warum? - Darum! queer-feministische Woche an der Uni Hamburg vom 9.-13.6.2008

Bundeskanzlerin und Unipräsidentin. Alles in Ordnung also in Fragen Sexismus?

Nix da! Noch immer gibt es das Idealbild anerkannter Weiblichkeit als schwachem Geschlecht, hübsch und attraktiv. Für Männer selbstverständlich. Denn Frauen die sich auf Frauen (sexuell und in ihren Lebensschwerpunkten) beziehen kommen in den dominanten Diskursen dieser Gesellschaft nicht vor. Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt und sind von prekären Beschäftigungsverhältnissen überproportional betroffen. Sie leisten den Großteil der Reproduktionsarbeit. Werden als Sexobjekte angesehen, die aufgerissen und angemacht werden können. Erleben Anzüglichkeiten und Grenzüberschreitungen. Schwarze Frauen werden noch immer als die verfügbaren Exotinnen und Frauen mit Behinderung häufig ganz ohne Geschlecht repräsentiert. Wir finden auch an der Uni nach wie vor nur 13% Professorinnen vor, werden überwiegend männliche Theoretiker gelesen und die Geschichten "Großer Männer" erzählt. Männer (weiß, bürgerlich, heterosexuell,...) gelten nach wie vor als die Norm.

Aber nicht nur das, denn jenseits der Zweigeschlechtlichkeit kann kaum gedacht werden. Und Menschen die sich nicht klar einordnen lassen, werden pathologisiert, verschwiegen oder zurechtgeschnitten. Und mit der Herstellung von zwei Geschlechtern ging und geht ihre Hierarchisierung und Normierung einher. Es spiegeln sich die festen Schablonen und Rollenvorstellungen in unser aller Köpfe und wir reproduzieren sie jeden Tag. Auf der Arbeit, beim Einkaufen, in unseren Beziehungen, im Konzert und selbstverständlich auch an der Uni.

In solchen Strukturen widerständige Praxen zu entwickeln, aus den Geschichten der feministischen Bewegungen lernen, sich (queer-)feministische Theorien aneignen, Debatten führen und Perspektiven finden, darum geht's.

Deswegen: Mach mit bei der queer-feministischen Woche!!
Wir wollen vielfältige Veranstaltungen organisieren, welche nicht nur die gesellschaftlichen Situationen analysieren, sondern auch auf verschiedene (queer-)feministische Debatten eingehen. Es stellen sich Fragen nach gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, nach politischen Strategien und widerständigen Praxen. Nach gemachten Erfahrungen und den Perspektiven die sich daraus entwickeln lassen. Gefragt werden muss nach den Widersprüchlichkeiten in die wir verstrickt sind, nach den Dominanzverhältnissen auch unter Frauen/Lesben/Transgender und in den queer-feministischen Bewegungen, nach der Sinnhaftigkeit der Kategorie Frau. Aber auch nach der Sinnigkeit ihrer kompletten Verwerfung. Wie lässt sich Sexismus verstehen und analysieren? Wie benennen? Was hat er mit Heteronormativität zu tun? Was mit Rassismen und Kapitalismus? Was sind sexistische Strukturen an der Uni und wie prägen sie die Erfahrungen von Frauen, Lesben und Transmenschen dort? Was kann Feminismus heute bedeuten? Strategisch essentialistisch, queer, intersektional?
All dies möchten wir mit möglichst vielen interessierten Menschen diskutieren, aber auch mit anderen Gruppen, Strukturen und Einzelpersonen gemeinsam auf die Beine stellen.
Also komm zu den Veranstaltungen oder mach selbst welche. Lass uns diskutieren, streiten, zuhören und feiern. Bring Dich ein. Wir freuen uns über Hilfe beim Flyerverteilen, die Organisierung eigener Workshops oder Veranstaltungen, Konzerte, Performances oder Getränketresen.
Falls Du Lust hast mitzumachen melde Dich einfach bei der feministisch autonom queeren Rät_in vom FrauenRat Uni Hamburg: f.a.q.@nadir.org

\####################################

"Es regnet Kaviar" Freiraumaktionstag 4./5.4.2008

Bereits eine Woche zuvor wurde mit Bezug auf die Aktionstage der Wagenplatz Lise-Lotte auf St. Pauli neu gegründet. Am 4.4.fand dann die große Auftaktveranstaltung zum Thema "Gentrification, ihre Folgen und der Widerstand dagegen"statt. Den rund 10 inhaltlichen 5-Minuten-Beiträgen lauschten rund 300 Besucher. Damit waren die Kapazitäten der Aula der Ganztagsschule St. Pauli völlig ausgeschöpft und etliche Besucher_innen mussten leider draussen bleiben. Die Beiträge können unter
http://www.esregnetkaviar.de/videos.html
eingesehen werden.

Am 5.5. setzten sich ebenfalls rund 300 Menschen die am Punkrave teilnahmen in Bewegung. Nachdem es tagsüber immer wieder zu platzregenartigen Niederschlägen gekommen war beruhigte sich das Wetter gegen Abend zunehmend und lockte dann doch noch zahlreiche Besucher-innen an die Politständen um sich zunächst zu informieren und später gemeinsam zu feiern. Die Angebote des Straßenfestes reichten von Soundsystems, Konzerten, einer Essenstafel für umsonst, einer Infoveranstaltung "Besetze St. Pauli - Besetze Wilhelmsburg", einer Eröffnungsgala des neuen Wagenplatzes bis hin zur Tuntengala. Erst in den frühen Morgenstunden fand das Aktionswochenende schließlich seinen Schluß. Mehr Infos unter http://www.esregnetkaviar.de/



24.03.2008 Solidemo gegen Beugehaftandrohung

Kalt war es an diesem Tag. Trotzdem hatten sich zahlreiche Gegner_innen vor der Roten Flora eingefunden um gemeinsam gegen die Beugehaftandrohungen gegen Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Knut Folkerts zu demonstrieren und ihrer Solidarität mit den Betroffenen Ausdruck zu verleihen.
Das Bündnis gegen Beugehaft forderte weiterhin Freiheit für Christian Klar und Birgit Hogefeld.
Bunte Plakate und Transparente hängten an der Flora: "Fahr zur Hölle Sicherheitsstaat" "Keine Träne für Buback" "Kritik und Diskussion statt deutscher Betroffenheits- und Opferdiskurse" "Wir Grüßen Das Kommmando Ulrike Meinhof vom 7.4.77 Keine Beugehaft Für Niemand".
Sie zeugten auch davon, dass man seit 35 Jahren von Staats wegen die Propagandalüge von "apolitischer Kriminalität" aufrechterhält. Kriminalisiert und bestraft werden so alle Verhaltensweisen, die direkt oder indirekt das System der Ausbeutung und die Macht der Ausbeuter gefährden könnten.
Heinz-Jürgen Schneider, Anwalt von Christian Klar, berichtete von der aktuellen Situation.
Derzeit kämpft Christian um die Gewährung der Hafterleichterungen, die er sich erst im April vorigen Jahres vor dem Landgericht Karlsruhe erstritt. Wortwörtlich heißt es im Urteil aus Karlsruhe: "Im vorliegenden Fall habe aber die Justizvollzugsanstalt alle diese Umstände eingehend abgewogen und sei ursprünglich zu dem Ergebnis gelangt, dass die beantragten Lokkerungen gewährt werden können. Die Versagung beruhe letztlich nur auf der fehlenden Zustimmung des Justizministeriums, wobei keinerlei Umstände bekannt geworden oder geltend gemacht worden seien, die ein Abweichen von der ursprünglichen Planung rechtfertigen könnten."
Justizminister Goll (FDP) hatte seinerzeit wohl schwer zu schlucken daran und gab damals eine Presseerklärung heraus, wonach die Hafterleichterungen nur mit einem Hilfsantrag zugesprochen wurden. Jetzt enthält der Minister Christian seine Vollzugslockerungen mit der fadenscheinigen Begründung vor, wegen der möglichen Beugehaft steige die Fluchtgefahr (nach 26 Jahren Knast!).
Es scheint allerdings, dass das einzige, was hier gebeugt wird, das Recht ist, man nennt diesen Vorgang kurz und prägnant Rechtsbeugung.
Christiane Schneider die zwar für die Linke sprach aber eigentlich als Mitherausgeberin des Gefangeneninfos geladen war beurteilte das derzeitige Verfahren als rechtswidrig. "Jede Geschichte linker Bewegung und Aufbrüche wird umgedeutet und geleugnet, die politische und gesellschaftliche Relevanz linker Kämpfe vor allen Dingen der 60er und 70er Jahre weghistorisiert. Linke Perspektiven jenseits der kapitalistischen Realität sollen in dieser Welt nicht mehr denkbar sein. Menschen, die sich trotzdem organisieren, um diesem Normalzustand Widerstand entgegenzusetzen, werden mit Repressionen überzogen, wie in den § 129 a Verfahren des vergangenen Jahres". Alle derzeit noch laufenden Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der seit zehn Jahren aufgelösten RAF sollten eingestellt werden.
Von der Roten Flora aus zog die Demo, deren Teilnehmer_innen alle Altersgruppen und ein reichlich heterogenes Spektrum präsentierten, begleitet von lauter Musik rund zwei Stunden von der Schanze nach St.Pauli. Aus den Häusern gab es des öfteren zustimmende Beifallsbekundungen.
Die allgegenwärtigen Uniformierten hielten sich zurück und seit langem wurde die Längenvorschrift für Seitentranspis (we remember: 1,5m und kein cm mehr!) nicht als Auflage präsentiert...nur leider gab es kaum längere Transpis. Aber egal, ob Auflage oder nicht - davon lassen wir uns ja wohl nicht beeinflussen.

##################################

BUKO31
Globale Ausschlüsse, Soziale Kämpfe, Utopien

Von Integration, von Partizipation ist viel die Rede. Teilhabe, verstanden als Wahlbeteiligung - "demokratisch" oder nicht - gibt es fast überall. Eine Einbeziehung von BürgerInnen vor allem in lokale Entscheidungsprozesse gehört zum neoliberalen Standardprogramm. Von diesen oft manipulativen Mechanismen der Teilhabe ist dennnoch weltweit eine Mehrheit ausgeschlosssen. Lange Jahre neoliberaler Politik und die sie begleitenden Kriege haben weltweit das Elend und die soziale Polarisierung verschärft und die Zahl der Marginalisierten - der "Überflüssigen" - ansteigen lassen. Aufgefangen werden sie in Slums, Banlieus, Gefängnissen, Flüchtlingslagern. Hinzu kommmen die vielfachen und alltäglichen Diskriminierungen entlang der Linien Geschlecht, Ethnizität, Religion, Klasse. Eine globale Mehrheit bleibt so selbst von den existierenden Formen gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.
Was hat die radikale Linke dem entgegenzusetzen? Kämpfe gegen jede Form der Diskriminierung und Marginalisierung prägen den Alltag linker Politik - gibt es aber darüber hinaus ein gemeinsames Ziel?
In Diskussionen um ein solches Ziel, um Berührungspunkte, um mögliche gegenseitige Bezugnahmen taucht immer wieder der Begriff der Globalen Sozialen Rechte (GSR) auf. Rechte, verstanden als legitime Ansprüche auf materielle und gesellschaftliche Ressourcen. Rechte, die nicht (nur) eingefordert, sondern die sich praktisch angeeignet werden sollen. Recht auf Leben. Recht auf Selbstbestimmung. Recht auf Teilhabe. Doch haben Rechte wirklich eine emanzipatorische Kraft? Oder steckt dahinter nicht die Utopie eines weltweiten Sozialstaats, von dem vielleicht gesellschaftliche Integration, sicher aber nicht ein Mehr an Selbstbestimmung zu erwarten ist?
Auf dem BUKO31 soll diese Perspektive - der Blick auf Rechte und Teilhabe weltweit - im Zentrum stehen: Lässt sich der dominierende und meist korrumpierende Diskurs um Rechte und Teilhabe radikalisieren? Dabei sollen die Schwerpunktthemen Arbeit, EU/Militarisierung, Klima, Migration anhand folgender Fragen analysiert werden, die auch den Kongress strukturieren:
1.) Wo und wie werden globale Ausschlüsse produziert?
Daran schließt
2.) die Frage nach den existierenden und möglichen Interventionen & Kämpfen sowie
3.) die nach Utopien an, die aus diesen Kämpfen gewonnen werden und die andere inspirieren können.
Wie werden Forderungen nach Rechten und Teilhabe artikuliert und praktisch umgesetzt? Entstehen hieraus kraftvolle, offensive Bewegungen und schwer zu kittende Risse im herrschaftlichen Gefüge? Oder sind es ganz andere Kämpfe, die den Weg zu individueller und kollektiver Selbstbestimmung und zu praktischer gesellschaftlicher Solidarität leiten?





Zum Offenen Brief an das Onkel Otto, das Veranstaltungszentrum Hafenklang, den Plattenladen Fischkopp und das Plenum der Hafenstraße

Wir hatten im Januar einen offenen Brief an die oben genannten Adressaten geschickt und öffentliche Stellungnahmen zur laufenden Vergewaltigungsdebatte gefordert (siehe ZECK Nr. 142). Wir denken, dass es jetzt Zeit wird, die (Nicht)Reaktionen zu bewerten.
Vorweg noch eine allgemeine Anmerkung von uns.
Alle von uns Angeschriebenen haben unseren offenen Brief als entweder arrogant oder anmaßend empfunden, zum Teil wegen des "ultimativen" Charakters des Briefs oder wegen unserer Wortwahl, zum Teil, weil wir nicht das persönliche Gespräch gesucht hätten oder weil wir laufende interne Debatten durch diese Form von "Druck" verkomplizieren würden. Um es noch mal zu erklären: Wir haben die Strukturen angeschrieben, weil sich der Vergewaltiger T. in den genannten Räumen aufhält, bzw. weil sich das Onkel Otto in den Räumen der Hafenstraße befindet. Ohne eine Stellungnahme bleiben diese Orte für die Betroffene und ihre UnterstützerInnen mit einem Gefühl von Bedrohung verbunden. Keine Stellungnahme abzugeben, lässt außerdem große Interpretationsspielräume offen und trägt aus unserer Sicht vor allem dazu bei, dass sich T. weiterhin einer Lösung verweigert.

Hafenstraßen-Plenum

Eine Antwort des Hafenstraßen-Plenums steht immer noch aus. Uns wurde zugetragen, dass es im Plenum seit längerem Debatten um das Thema gibt, dass es aber bisher nicht möglich zu sein scheint, eine gemeinsame Stellungnahme zu veröffentlichen. Warum, wissen wir nicht. Wir wisssen auch nicht, ob das noch passieren wird. Sicherlich hat die Hafenstraße nicht unmitttelbar als Struktur etwas mit T. zu tun. In ihren Räumen befindet sich aber das Onkel Otto und es wäre aus unserer Sicht angemessen, wenn die Hafenstraße das Otto wenigstens zu einer Stellungnahme drängen würde. Das geht aber natürlich schlecht ohne eine eigene Position.
Im Gegensatz zu den von uns angeschriebenen Strukturen ist die Hafenstraße nicht nur ein Teil der linken Hamburger Subkultur, sondern beteiligt sich auch als Projekt an politischen Mobilisierungen, wie zuletzt an der Kaviarregenveranstaltung. Daran gemessen ist unsere Erwartung an die Hafenstraße bezüglich einer Reaktion auf den offenen Brief und bezüglich einer klaren Solidarisierung mit der Betroffenen höher als bei den anderen Adressaten. Wir wollen unsere Hoffnung auf eine Positionierung der Hafenstraße noch nicht begraben, aber aus unserer Enttäuschung auch keinen Hehl machen. Bei allem Verständnis für komplizierte interne Diskussionsprozesse fragen wir uns auch, ob nicht irgendwann der Moment für eine Stellungnahme von Teilen/Einzelnen aus dem Projekt gekommen sein könnte.

Veranstaltungszentrum Hafenklang

Das Hafenklang hat uns immerhin mit einer ausführlichen Antwort per Mail bedacht, allerdings auch klar zum Ausdruck gebracht, dass es keine öffentliche Stellungnahme geben wird. Unklar bleibt allerdings, warum das so indiskutabel zu sein scheint.
In seiner Antwort beschwert sich das Hafenklang darüber, von uns vorgeschrieben zu bekommen, wie es sich zu verhalten hätte, über das "Ultimatum" und den Rufmordcharakter eines offenen Briefes. Es wird darauf verwiesen, dass es informell Gespräche mit den UnterstützerInnen der Betroffenen geben hat, die noch durch eine Mail abgerundet worden seien. Das Hafenklang besteht darauf, keine politische Gruppe, sondern nur ein Ort mit kulturellller Ausrichtung zu sein. Es folgt die rhetorische Frage, ob wir dem Hafenklang die Unterstützung linker Zusammenhänge und Aktionen durch unseren offenen Brief jetzt zum "Verhängnis" machen wollen.
Aus unserer Sicht hat das Hafenklang vor allem die Möglichkeit verpasst, einen konstruktiven Beitrag in dieser Auseinandersetzung beizusteuern und klar gemacht, dass von ihm eine Unterstützung linker Zusammenhänge nur zu erwarten ist, wenn es unkompliziert bleibt und einer guten Vermarktung dient.

Onkel Otto

Das Onkel Otto hat uns keine Antwort geschickt, auch von einer öffentlichen Stellungnahme wissen wir nichts. Über Dritte haben wir zwar gehört, dass es Diskussionen unter den Otto-Leuten gibt, aber sie scheinen bisher ergebnislos geblieben zu sein. Warum das Otto nicht wenigstens diese interne Situation in Form einer öffentlichen Stellungnahme darstellt, verstehen wir nicht. Genauso möglich wäre auch eine Stellungnahme von Einzelnen aus dem Otto. Selbst das wäre ein kleiner Beitrag zu einer Klärung und vielleicht sogar ein kleiner Beitrag, T. zu Gesprächen zu bewegen.

Plattenladen Fischkopp

Der Antwort des Fischladens, die wir ebenfalls per Mail bekommen haben, können wir entnehmen, dass unsere Forderungen nicht nur anmaßend seien, sondern dass sie auch bereits erfüllt worden wären. Dieser Hinweis bezieht sich auf eine tatsächlich öffentliche Stellungnahme vom Mai 2007, in der allerdings deutlich gemacht wurde, dass sich das Ladenkollektiv mit ihrem Kumpel T. solidarisiert. Auf unsere Nachfrage, ob sich an dieser Position in der Zwischenzeit etwas geändert hätte, haben wir keine Antwort bekommen. Insofern ist die Antwort wenigstens eine klare Sache. Der Plattenladen sieht keinen Grund, T. zum Einlenken zu bewegen oder einen Beitrag zu einer Lösung zu suchen.

Fazit

Das allgemeine Desinteresse oder der Unwille, sich zu der Debatte um den Vergewaltiger T. zu verhalten oder sogar sich mit der Betroffenen zu solidarisieren, spiegelt sich in den (Nicht)Reaktionen der von uns angeschriebenen Projekte. Das Ziel, für die Betroffene und ihre UnterstützerInnen eine Verbesserung ihrer Situation zu bewirken, haben wir durch den offenen Brief nicht erreicht. Ob das vor allem daran lag, dass wir "gefordert" haben, statt freundlich zu bitten, lassen wir mal dahingestellt. Dass sich T. und sein Umfeld durch das Nichtverhalten der Umstehenden auch zukünftig in ihrer Position bestätigt oder sogar ermutigt fühlen, ist zu befürchten. Es bleibt erst mal der Eindruck, dass klare antisexistische Positionen in der Hamburger linken Szene noch lange kein Konsens sind. Dafür ist das allgemeine Nichtpositionieren sowohl ein Ausdruck als auch ein wesentlicher Beitrag.

gruppe commode,
April 2008



Zwischen Anti-Feminismus und Neoliberalismus

Vor genau einem Jahr haben wir einen Text zu Sexismus und Gewalt in der "Szene" (= linke Polit-Szene und angrenzende Subkulturen) veröffentlicht (Zeck 138). In diesem Text hatten wir anti-feministische Stimmmungen und Aktionen beschrieben, wie sie im Zuge des im März 2007 stattgefundenen pro-feministischen Festivals "Take back the night!" offensichtlich wurden. Dieses Phänomen eines offenen und gezielten Anti-Feminismus findet sich mittlerweile in Szene-Veröffentlichungen (z.B. in diversen Flugblättern aus dem Umfeld eines Vergewaltigers oder in der Zeck Nr. 142), aber auch auf allen anderen Ebenen der "Szene" (z.B. in Form eines Redebeitrags gegen die Definitionsmacht in der Roten Flora am 17.11.2007 oder systematisches Entfernen von "Nein heißt Nein"-Plakaten und -Sprühereien im Karo-Viertel innerhalb weniger Stunden im März 2008 usw.)

Ein weiteres Beispiel ist der in der Zeck veröffentlichte Text "Jetzt Gilt's!", den wir hier aber nur kurz kommentieren wollen. So sehr der Text auch vor eigenen Widersprüchen und Borniertheiten strotz, in einem Punkt liegen die Autor_innen insofern richtig, als sie die immer wiederkehrenden Separierungseffekte, die sich alle Jahre wieder in der Politszene und hiermit verbundenen Subkulturen abzeichnen, als negativ beklagen. Wir finden solche "Szenespaltungen" zwar auch anstrengend, aber im Endeffekt gar nicht so fürchterlich, denn in der Regel vollziehen sich dabei wichtige Prozesse und Entwicklungen, die in der Natur politischer Bewusstseinsbildung liegen. Solches begleitet das Autonome Spektrum von Beginn an und ereignet sich auch momentan wieder in Hamburg. In diesem Zuge tauchen die immer wieder ähnlichen antifeministischen Floskeln und Parolen auf - und auch dafür war der "Jetzt…"- Text ein symptomatisches Beispiel, der natürlich die ganze platte Bandbreite von Vorstellungen über sexualisierte Gewalt, Feminismus etc. auffährt, die mensch aus der Mitte der Mehrheitsgesellschaft kennt. Den Verweis auf die vollen Prozessakten mit Vergewaltigungslügen hätte die BILD-Zeitung nicht besser hingekriegt.
Da diese Plattheiten als "Meinungen" in die Szene getragen werden, müssen sie entsprechend diskutiert werden. Auch hier ist nichts wirklich neu, denn es sind die immmer selben Zetereien mit denen sich Leute auf die Füße getreten fühlen, wenn es um ihre Privilegien geht - die immer gleichen Gesabbel um vermeintliche Tabubrüche und PC-Spielverderber. Dahingehend wollen wir uns noch mal kurz mit den Fragen um vermeintlichen PC- bzw. Feministenterror, Spaßverderber und Vorstellungen von Sexualität befassen.

Argumente?

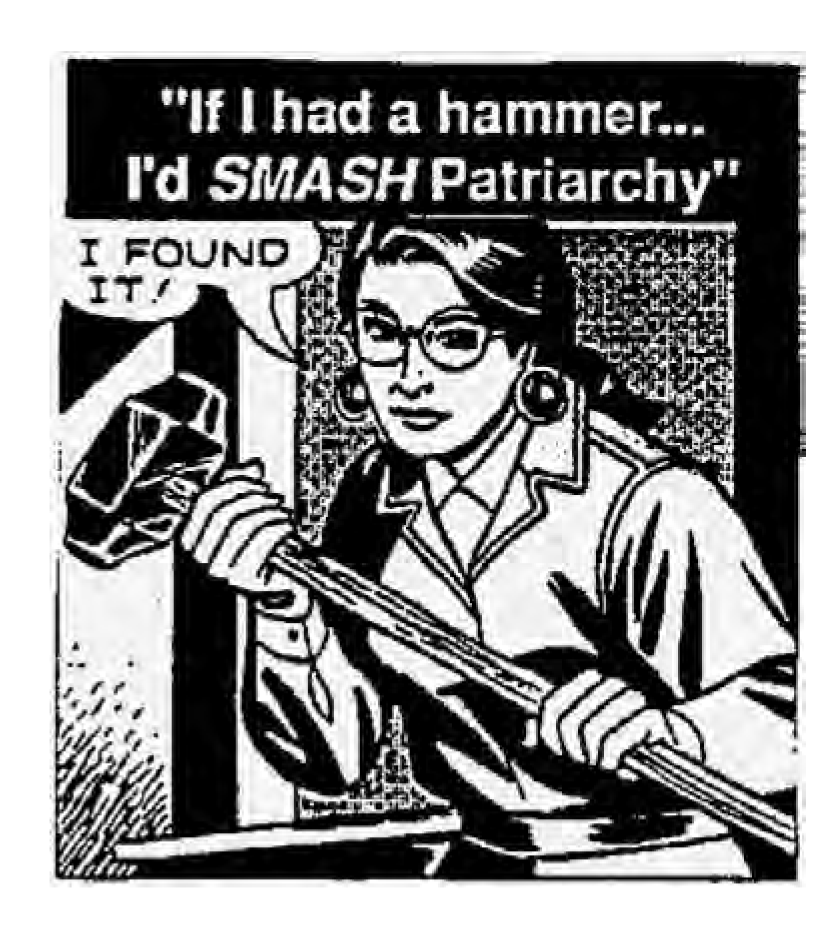
Verkürzt sieht die Argumentation meist ungefähr so aus: "Antisexismus ist wichtig und notwendig, aber: ist dieser konkrete Vorwurf tatsächlich berechtigt oder eventuell falsch? Das Prinzip der Definitionsmacht geht eindeutig zu weit: Gefahr des Missbrauchs, der Willkür usw. Eine (nicht weiter definierte) objektive Instanz muss her, der Täter darf nicht stigmatisiert und bestraft werden, usw." (Ausführlicher kann das ganze bei Bedarf z.B. im "Jetzt…"-Text nachgelesen werden)
Zunächst wird (scheinbar) auf anti-sexistische Forderungen eingegangen, um im Anschluss daran deren Grundlagen, nämlich die Definition des konkreten Vorfalls im Speziellen sowie ganz generell das Konzept der Definitionsmacht, in Frage zu stellen. Eventuelle Forderungen und mögliche Konsequenzen werden so faktisch ausgehöhlt und unmöglich gemacht.
Gegenkonzepte oder alternative Entwürfe folgen diesen Argumentationen in aller Regel nicht. Bestehende Gewaltverhältnisse werden hierbei nicht nur weiterhin akzeptiert, sondern vielmehr aufrechterhalten und verteidigt.
In diesem Zusammenhang wird häufig ein Zustand imaginiert, in dem ein selbstermächtigtes, allmächtiges, feministisches Szene-Gericht (gerne gezogener absurder und perfider Vergleich: Hexenjagd, Inquisition - eigentlich geschichtliche Beispiele eben für die gewaltsame Verfolgung und Unterdrückung von Frauen innerhalb der Gesellschaft) willkürlich über das Leben zu unrecht stigmatisierter Täter entscheidet und richtet, die keinerlei Möglichkeit der Verteidigung mehr hätten und deren Leben zerstört würde… dass in der Realität meist nicht der Täter sondern die Betroffene sich aus Zusammenhängen zurückziehen muss, bleibt vollkommen unbeachtet.
Überhaupt zeichnen sich diese Argumentationen in den meisten Fällen dadurch aus, dass sie (mehr oder weniger offen) lediglich eine Täter-Perspektive thematisieren, Versionen von Vorfällen aus dem Täter-Umfeld als Maßstab nehmen und auf die Situation des Täters hinweisen. Die Situation von Betroffenen wird meist nicht nur ignoriert, sondern häufig werden deren Bedürfnisse sogar bewusst übergangen oder angegriffen (z.B. durch Verbreitung der Täterversion der Geschichte oder durch Nennung des Namens der Betroffenen usw. - alles Faktoren, die für Betroffene eine uneingeschränkte Nutzung politischer Strukturen und Räume verunmöglichen).

Anti-PC-Diskurse

Neben diesem einseitigen Bezug auf Täter-Perspektiven zeichnen sich diese Argumentationen durch eine Tabubruchrhetorik aus: Anti-sexistischen bzw. feministischen Positionen wird eine hegemoniale Vormachtstellung innerhalb der Linken zugeschrieben, die durch tabuisierende Dogmen (z.B. Definitionsmacht) und repressive Gewalt (z.B. Schutzraumforderungen oder Ausschlüsse) die Szene terrorisieren.
Der Witz hierbei ist, dass auch dies bereits seit Jahren in der guten, soliden Mitte der Gesellschaft praktiziert wird: dieser Anti-PC-Diskurs, der immer ganz explizit antifeministisch ist, findet sich vom Stern bis zur Zeit, aber eben auch in relativierter Form in der TAZ. Hier geht es dann zwar nicht um die Definitionsmacht (fraglich, ob der Begriff in diesen Kreisen überhaupt mit anti-sexistischer Praxis in Verbindung gebracht wird…), aber um Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern. Oder, genauer gesagt darum, dass Frauen in vielen Bereichen bereits längst die Vormachtstellung inne hätten und somit die Männer die Benachteiligten und Unterdrückten wären… sei es im Arbeitsleben, wo Karriere-Frauen Männer ausbeuten und deren Karrriere-Chancen mindern würden, oder eben im privaten bzw. familiären Umfeld, wo Frauen den Männern das Leben zur Hölle machten…
Kurz: Anti-Sexismus und vor allem Feminismus seien nicht nur rückschrittig, sondern vielmehr dogmatisch und anti-emanzipatorisch, während die eigene Position (also eine Infragestellung/Kritik/Angriff dieser) aus einer unterlegenen Position heraus als tatsächlich emanzipatorisch oder noch besser: rebellisch dargestellt werden kann. Bei dieser Art der Argumentation werden reale Machtverhältnisse schlicht ausgeblendet bzw. umgedreht, Täter/Opfer-Umkehrungen ermöglicht sowie anti-sexistische bzw. feministische Positionen diskreditiert und lächerlich gemacht.
Die Diskreditierung von Feminismus ist von je her als gesamtgesellschaftliches Phänomen bekannt: Alle, die sich auf Feminismus beziehen, werden als verklemmt, gestört, verrückt usw. abgestempelt, so dass inhaltliche und politische Argumente nicht weiter beachtet werden müssen.

Subkultur und Neoliberalismus
Vielen geht es um mehr geht als ihren eventuellen persönlichen Bezug zum Täter: hier geht es darum, eigene Interessen, vornehmlich den eigenen Lebensstil, zu verteidigen. Anti-sexistisches Handeln steht dem offenbar gängigen Lebensideal im Kapitalismus entgegen: Unverbindlichkeit, Schnelllebigkeit, sofortige Bedürfnis-Befriedigung, die Suche nach dem nächsten schnellen Kick, kurz: das kapitalistische Freiheitsverständnis schlechthin.
Innerhalb der "Szene" läuft häufig ähnliches, hier aber vor dem Hintergrund einer rebellischen Attitüde und dem Wunsch, auf der vermeintlich moralisch richtigen Seite zu stehen. (Dass eine rebellische Attitüde nicht gleich emanzipatorisch ist, dürfte klar sein.) Anti-sexistische oder feministische Forderungen stören diese Identität, da die sonst üblichen einfachen schwarz-weiß Bilder und Grenzziehungen (wie z.B. WIR gegen den bösen Staat, die blöden Bullen, die Scheiß-Nazis, die dummen Spießer usw.) nicht mehr so einfach funktionieren. Plötzlich selbst gefordert zu sein, das eigene Verhalten, den eigenen Beitrag zu den bestehenden Verhältnissen, die schwierigen und komplexen Verwicklungen und Widersprüche zu erkennen und einen Umgang damit zu finden, fordert und überfordert anscheinend viele. Anstatt sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, werden lieber die politischen Inhalte und Forderungen zum Problem erklärt. Somit werden nicht mehr die patriachalen Strukturen zum Problem, sondern die, die sie bekämpfen.

Auch Sexualität wird vor diesem Hintergrund eines vermeintlichen Freiheitsverständnisses verstanden und gelebt. Denn Sexualität findet in keinem herrschaftsfreien Kontext statt, sondern vollzieht sich immer vor dem Hintergrund komplexer patriachaler und kapitalistischer Strukturen. Die Gleichung Anti-Sexismus=Anti-Sex=Anti-Spaß=Verbot=Repression=Anti-Emanzipatorisch macht mittlerweile einen exemplarischen Kernbereich neoliberaler Ideologien aus. Diese zeitgeistgeladenen Selbstbewußtseinskulte und das unermüdliche Postulieren der eigenen Unbeugsamkeit (nach der Marke "Ich will meinen Spaß und lass mir gar nichts sagen - weder von Eltern, vom Staat, von Linken und schon gar nicht von Feminist_innen") äußern sich auf vielfältige Weise - Zu dieser Einstellung passt es dann eben auch, sich gegen die vermeintliche Vormachtstellung "konservativer" Dogmen und Tabus (z.B. Definitionsmacht) durchzusetzen und somit den eigenen Status als "fortschrittlicher Rebell" zu untermauern. Unter diesen Vorzeichen ist es auch nicht mehr verwunderlich, wenn einige ihre aus entsprechenden Widersprüchen resultierenden Konflikte durchzuprügeln versuchen.



Und das bezieht sich nicht nur auf männlich-sozialisierte Menschen. Antifeminismus und Anti-Anti-Sexismus sind keine reinen Männer-Domänen. So wird z.B. gerne der Vorwurf erhoben, dass einige wenige (verrückte) Feministinnen (und ihre unterwürfigen Antipat-Jüngelchen) lediglich Identitätspolitik zur eigenen Profilierung betreiben würden, die aber gar nicht von allen Frauen gewollt wird. Denn in einer Gesellschaft (egal ob Restgesellschaft oder subkulturelle Party-Szene oder sonst wo), in der der entscheidende Faktor zum Erfolg in der eigenen Stärke, dem eigenen Selbstbewusstsein gesehen wird, wird auch von jeder einzelnen Person erwartet, sich selbst gegen den dummen Spruch, die blöde Anmache/Angrapsche & co. zur Wehr setzen zu können. Nicht die Anmache wird so zum Problem, sondern der eigene Umgang damit.
In diesem Zusammenhang spielt die eigene Identität, die plötzlich in Frage gestellt wird, eine große Rolle: dem eigenen Selbstbild der starken, unabhängigen, schlagfertigen (kurz: modernen) Frau scheinen anti-sexistische oder noch schlimmer feministische Forderungen entgegen zu stehen, da diese häufig mit Schwäche, Opfer, Minderwertigkeit u.ä. assoziiert werden. Wenn Betroffene erlebte Gewalt thematisieren, wird das von vielen als Gleichnis für persönliches Versagen angesehen ("Selbst schuld!").

Netzwerke oder Seilschaften?
Die häufig zurechtgezimmerte Identität liegt irgendwo zwischen gesellschaftlicher Underdog und szene-interner erfolgreicher Kleinunternehmer_in (sei es als DJ, über die Band, die Kneipe, die Konzert-Gruppe, den Szene-Laden oder die Polit-Gruppe). Auf dieser Identität beruht oft die gesamte Lebensführung und -planung, bis hin zu existentiellen Angelegenheit wie Wohnort, Lebensunterhalt und soziale Beziehungen. Szene-interne Netzwerke stellen somit nicht nur politische Strukturen dar, sondern häufig auch Seilschaften zur Sicherung des eigenen Lebensstils und -unterhalts, in der neben Zeit und Energie auch ganz banal Geld steckt. Hieraus resultieren nicht nur vermeintliche Gegenentwürfe zur bösen kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch Abhängigkeiten untereinander. Wer mit wem zusammenarbeitet, kooperiert usw. wird dann oft nicht mehr auf politischer Ebene entschieden. Differente Ansichten werden vielleicht zugunsten des guten Kontaktes nicht geäußert bzw. zur Disposition gestellt, um sich selbst keine Probleme zu schaffen.
Beispielsweise Vergewaltigungsveröffentlichungen führen jedoch in aller Regel zu Konflikten und häufig zu Abgrenzungen voneinander, was unter den beschriebenen Vorzeichen unweigerlich zum Problem

werden muss. Nach demselben Prinzip werden auch Nischen, Zusammenhänge und der eigene Lifestyle verteidigt, mit denen mensch es sich im Kapitalismus für wenig Geld ganz nett eingerichtet hat.

Fazit

Die hegemonialen Machtverhältnisse sind nach wie vor alles andere als anti-sexistisch, da macht auch die radikale Linke und schon gar nicht irgendeine Subkultur eine Ausnahme. Ganz im Gegenteil finden sich gerade innerhalb der "Szene" zunehmend offen anti-feministische, reaktionäre Stimmmen, deren Argumente konservativen oder rechtspopulistischen Ideologien entlehnt sind. Denn auch wenn anti-feministische Stimmungsmacher gerne einen Zustand herbei imaginieren, in dem feministische Dogmen die Szene terrorisieren würden, sieht die Realität anders aus.

Gerade die an Feminismus und Anti-Sexismus immer wieder kritisierte "dogmenhafte" Forderungshaltung entspringt doch gerade der Tatsache, dass in der Realität offensichtlich große Teile der Szene nicht bereit sind, sich mit Sexismus, eben auch gerade dem eigenen, auseinanderzusetzen, geschweige denn, in die eigene Lebenspraxis zu übernehmen. Sexismus ist nach wie vor ein maginalisiertes Thema, der berühmte "Neben-Widerspruch". Sexismus wird erst zum Thema, wenn es um einen konkreten Vorfall geht. Dann sind jedoch politische Argumente bereits verbunden mit persönlichen Ebenen, so dass die politische Auseinandersetzung meist in eine sehr persönliche und emotionale abdriftet. Nicht der eigentliche Konflikt und die darum kreisende politische Diskussion werden zum Thema, sondern die daraus resultierenden Konsequenzen. Wer nur im eigenen Interesse die Konsequenzen einer Auseinandersetzung fürchtet, ist eigentlich schon nicht mehr zugänglich für Argumente einer politischen Diskussion und wird sich erst einschalten (und dann entsprechend vehement), wenn Konsequenzen eingefordert werden.

Eine Offenlegung politischer Positionen, wie dies gerade hier in Hamburg innerhalb des letzten Jahres geschieht, ist in diesem Kontext extrem wichtig. Daher begrüßen wir es im Endeffekt auch, dass dieser unsägliche "Jetzt…"-Text veröffentlicht wurde (auch wenn der Kommentar unzureichend war), dass das Umfeld eines Vergewaltigers sich so offen und so selbstverliebt (auch schriftlich) positioniert, dass Leute sich offen als Antifeministen bezeichnen, dass Szene-nahe Veranstaltungsorte auf Aufforderungen zu einer Positionierung (siehe offener Brief der Gruppe Commode in Zeck 142) entweder gar nicht oder genervt reagieren (oder, wie das Onkel Otto, sich "Rufmörder Fuck off!" über den Tresen schreiben).

Die von vielen heraufbeschworenen und befürchteten Szenarien von Separierungen innerhalb der politischen und subkulturellen Szene halten wir daher nicht nur für unvermeidlich, sondern für offensichtlich längst überfällig. Denn wo es keinen gemeinsamen kleinsten Nenner gibt, da gibt es eben auch kein "zusammen" oder "gemeinsam" mehr.

AG C-K, März 2008

Was ist bisher geschehen?

Chronologie einer Vergewaltigungs-Veröffentlichung

Seit der Veröffentlichung unseres Textes "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger" (Zeck 140) ist, wie auch diverse nachfolgende Zeck-Artikel verdeutlichen, einiges passiert. Was allerdings noch nicht passiert ist, ist ein ernsthafter Versuch von Seiten des Täters, die Situation zu deeskalieren oder zumindest zu verbessern. Daher haben wir uns entschieden, einen kurzen Abriss über einige Geschehnisse zu schreiben, der allerdings zeitlich vor diesem Text ansetzt. So soll die Grundlage dieser Veröffentlichung nachvollziehbar und einige Punkte klargestellt werden, die falsch oder entstellt im Umlauf sind.

Als vor 10 Jahren die Vergewaltigungen, die sich in einer Beziehung mit T. ereigneten, thematisiert wurden, geschah dies in einem bewusst kleingehaltenen Personenkreis. Zum einen sollte eine Stigmatisierung von T. verhindert werden und zum anderen sollte ihm so ermöglicht werden, sich aktiv (z.B. im Rahmen einer Therapie) mit dem Geschehenen und seinem Verhalten generell auseinanderzusetzen. Es zeigte sich jedoch schnell, dass T. den Vorwurf der Vergewaltigungen nicht akzeptierte, stattdesssen seine Version der Geschichte verbreitete und seinerseits die Situation immer mehr zum Eskalieren brachte.

Zum Schutz der Frau wurde es notwendig, dass er bestimmte Orte meidet. Dies schlug fehl, da er Absprachen permanent nicht eingehalten hat. Letztendlich verließ T. aufgrund des zunehmenden Drucks (auch aus seinem Freundeskreis) doch die Stadt. In der Folgezeit tauchte er ohne vorherige Rücksprache (trotz Vermittlungsversuchen von Seiten der Betroffenen und ihren Unterstützer_innen) mehrfach in Hamburg auf, wobei es immer wieder zu Konfrontationen kam.

2005 kehrte T. nach Hamburg zurück. Trotz der Zusage eines Freundes von T., die Räume der betroffenen Frau zu respektieren und die Situation nicht eskalieren zu wollen, kam es schon kurze Zeit später durch T. und seine Freunde zu Beleidigungen und offenen Bedrohungen gegenüber dem Freundeskreis der Frau. Dies ging soweit, dass T. auf der Ungdomshuset-Demo in Hamburg versuchte, eine Schlägerei anzuzetteln (während der oben genannte Freund tatenlos zusah).

Neben solchen Bedrohungen und physischen Übergriffen ist nach wie vor besonders die Verbreitung von Gerüchten und Falschinformationen eine Form der Gewalt, die der Betroffenen ihre Räume nehmen und ihre Positionen zu schwächen versucht.

Da T. die zuvor gemachten Zusagen nicht einhält, sondern vielmehr die Situation offensichtlich zum Eskalieren bringen will, entschließt sich die Frau Anfang 2007 dazu, innerhalb der Szene Unterstützung zu suchen um die Vergewaltigungen und T.s Umgang damit im Speziellen öffentlich zu machen.

Darauf solidarisieren sich mehrere politische Gruppen mit der Frau und fordern T. und sein Umfeld in einem Flugblatt auf, alle Bedrohungen und Übergriffe sofort einzustellen. Das Flugblatt wurde von mehreren Delegierten im April 07 dem Onkel-Otto-Kollektiv und dem Fischkopp-Plattenladen (zwei Bezugspunkten von T.) übergeben.

Im Juli 2007 wurde von den unterstützenden Gruppen und Zusammenhängen der Text "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger. Sexualisierte Gewalt in linken und subkulturellen Zusammenhängen" veröffentlicht (Zeck 140), der neben dem konkreten Fall auch grundlegende feministische und anti-sexistische Positionen wie Definitionsmacht und Parteilichkeit thematisiert.

Weiterhin kam es zu Bedrohungen, Beleidigungen und Einschüchterungsversuchen gegen die Betroffene und ihr Unterstützer_innen-Umfeld, die hier jedoch (u.a. aus Repressions-Gründen sowie zum Schutz der Betroffenen) nicht weiter erläutert werden.
Es sei lediglich erwähnt, dass hierbei auch der Täter selbst zusammen mit zwei anderen Personen vor der Haustür (und den Augen) der Betroffenen einen Freund von ihr körperlich angegriffen hat. Es lässt sich auch nicht wirklich behaupten in dieser Gegend rein zufällig unterwegs gewesen zu sein. Dies zeigt mehr als deutlich, wie untragbar die Situation hier in Hamburg durch T.s Anwesenheit geworden ist.

Aus dem Täter-Umfeld gibt es seit Mai 2007 zwei Texte, die sich ausdrücklich hinter den Täter stellen, die Vorfälle bagatellisieren und die Täter-Version der Geschichte zum Maßstab nehmen. (Eine ausführlichere kritische Einschätzung dieser Texte ist in der Zeck 141 erschienen) Hier sei kurz darauf hingewiesen, dass diese beiden Texte sich auf so genannte "Zeitzeugen" aus dem Täter-Umfeld berufen, die für sich in Anspruch nehmen, besser als die Betroffene zu wissen, was genau damals geschehen sei.
Diese Texte, die versuchen, die Täterversion zur allgemeinen Diskussionsgrundlage zu machen, wurden innerhalb linker und subkultureller Zusammenhänge verbreitet. U.a. hat eine Person aus der TAN beide Texte im Schwarzmarkt hinter den Text des Unterstützer_innenkreises der Betroffenen geheftet. Die TAN wurde hieraufhin vom Schwarzmarkt angesprochen und aufgefordert, schriftlich Stellung hierzu zu beziehen. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen, stattdessen hat die TAN lediglich aufgehört, den Schwarzmarkt als Treffpunkt zu nutzen, so dass eine Klärung mit dem Schwarzmarkt nicht stattgefunden hat.

Am 17.11.2007 kam es in der Roten Flora im Rahmen einer Tierrechts-Soli-Veranstaltung dazu, dass eine Person einen Redebeitrag gehalten hat, in dem die Definitionsmacht generell in Frage gestellt und T. zum Opfer stilisiert wurde. Offensichtlich war dies auch nicht eine spontane Einzelentscheidung des Sprechenden. Bereits vor Beginn des Konzerts war Leuten aus der Flora dieses Vorhaben bekannt geworden, woraufhin sowohl die Veranstalter_innen als auch der Redner darum gebeten wurden, darauf zu verzichten. Stattdessen wurde der Beitrag mit massivem körperlichem und verbalem Schutz der Bühne, u.a. durch Mitglieder der TAN und einem Veranstalter, gehalten. Dies stellt sowohl einen Angriff auf die Flora als politischen Raum, aber auch konkret gegen die Betroffene und ihr Umfeld dar. Es reiht sich ein als gezielter Versuch, ihr die Räume zu nehmen. Zudem schafft es eine Stimmung, in der Übergriffe indirekt gefördert werden sowie das Veröffentlichen selbiger durch Infragestellung der Definitionsmacht erschwert wird.
In Zusammenhang mit dieser Veranstaltung hat sich ein klassischer Nebenschauplatz eröffnet, in der Freundschaften und eine WG zerbrochen sind; inklusive dessen, dass Personen, die die Definitionsmacht vertreten, verbal bedroht, sich körperlich eindeutig vor einer Person aufgebaut sowie eine andere bespuckt wurde.

Im Dezember 07 erschien ein vermeintlich neutraler Text ("Jetzt gilt's!", Zeck 142), der klar anti-feministische Position bezieht, generell Definitionsrecht ablehnt und letztlich Täterposition bezieht. Auch dieser wurde/wird dazu genutzt, der betroffenen Frau Räume zu verunmöglichen, was sich u.a. auch an der offensiven Art des Verteilens des Textes bei subkulturellen Veranstaltungen zeigt.

Im Januar legte eine der beteiligten Personen vom 17.11. bei einer Party in der Flora auf, obwohl er sich zuvor einem Klärungsgespräch mit dem Flora-Plenum entzogen hat.
Seit September 07 besteht ein Gesprächsversuch mit T. von Seiten des politischen Unterstützer_innen-Kreises der Betroffenen. Es wurde sowohl auf schriftlicher als auch persönlicher Ebene mehrfach versucht, ein Gespräch zu initiieren. Dies blieb jedoch erfolglos, da T. bisher zu keinem Gespräch bereit war, da er u.a. vorgibt, den Grund für ein solches Gespräch nicht zu kennen…

Als positive Folgen der Veröffentlichung kam es zu Solidarisierungen mehrerer Gruppen und Zusammenhänge auch über Hamburg hinaus, Diskussionen über Sexismus werden auf vielen Ebenen geführt.
Weiterhin hat der Täter mittlerweile Hausverbot im Störtebeker, in der Roten Flora, in Kneipen im KSK, im Infoladen Schwarzmarkt, in der Schwarzen Katze, im Café Knallhart sowie im LIZ erhalten, um so Schutzräume für die Betroffene und ihr Umfeld zu ermöglichen.
Andere Veranstaltungsorte wie z.B. das Onkel Otto, die Lobusch, oder das Hafenklang-Exil, die vom Täter und seinem Umfeld besucht werden, haben bisher weder Hausverbote verhängt noch sich in öffentlicher oder schriftlicher Form von ihm distanziert. Teile der Szene versuchen nach wie vor, sich einer Auseinandersetzung mit Sexismus und Gewalt zu entziehen, wodurch sie die Strukturen der Gewalt aktiv tragen und ermöglichen. Die in der Veröffentlichung beschriebene Gewalt gegen die Betroffene, die in den letzten Jahren eher verdeckt ablief, ist mittlerweile offen sichtbar und richtet sich nun auch gegen Personen, die die Definitionsmacht vertreten.
Im Januar 08 hat die Gruppe commode einen offenen Brief an diverse von T. genutzte Szene-nahe Veranstaltungsorte geschrieben (Zeck 142), in dem selbige aufgefordert werden, öffentlich Stellung zu beziehen.

Zeitgleich laufen Vorbereitungen für Veranstaltungen zum Thema Sexismus und Definitionsmacht sowie konkret auf den Fall bezogene Versuche, die Situation für die Betroffene zu verbessern.

Hamburg, 12.März 2008
agunterstuetzung@gmx.net



Wahlverwandtschaften in Herrschaftszeiten

Das dunkelgrüne Königreich wird nicht mehr aufzuhalten sein ...



1. Post-Bürgerschaftswahl-Szenario

Was schon vor der Wahl für reichlich öffentliche Spekulationen sorgte, steuert nun seiner praktischen Realisierung entgegen: Hamburg wird künftig von einer schwarz-grünen Koalition regiert werden. Diese auf Länderebene zuvor noch nie ernsthaft erwogene Option hat bereits vor der Aufnahme von Koalitionsgesprächen über die Stadt hinaus Ausstrahlungskraft und ‚Vorbildcharakter' entwickelt. Allerdings scheint sich das traditionell als ‚weltoffen', ‚liberal' und ‚modern' präsentierende Hamburg als Schauplatz der Realisierung einer schwarz-grünen Regierungspremiere am Besten zu eignen.
Zur Erinnerung: Die Hamburger Politik der letzten zwei Jahre zeichnete sich neben einer allumfassenden Sorge um den Wirtschaftsstandort nicht zuletzt durch eine repressive Ausschlusslogik aus. Wir durften in den letzen Jahren hautnah erleben, wie zunächst unter CDU/Schill, dann unter der alleinigen Ägide der CDU gesellschaftlich marginalisierten Menschen wie Obdachlosen, Drogenuser_innen und Illegalisierten mit Repression und Ausgrenzung begegnet wurde, während die öffentlichen (Hilfs-)Angebote im sozialen und kulturellen Bereich zusammengestrichen und zerschlagen wurden. Wir waren auch Zeug_innen der Etablierung von Videoüberwachung, der Einführung eines verschärften Polizeigesetzes, der Räumung von Bauwagenplätzen und vielem mehr. Auf den ersten Blick scheint eine solche, auf ‚harte Hand', ‚soziale Kälte' und unbedingtes Wachstum setzende Politik im grellen Kontrast zu den kreativen Wohlfühlwelten grünalternativer Behaglichkeit zu stehen. Und dennoch zeigt sich in der aktuellen Entwicklung, dass die genannten Aspekte unter bestimmten Bedingungen zusammengehen könnten - und dies ist nicht allein einer neuartigen Flexibilität der beiden Partner geschuldet, wenn es darum geht, an den Hebeln der Macht zu bleiben bzw. zu ihnen zurückzukehren.

Erstaunen muss dabei zunächst, in welch kurzer Zeit Übereinstimmung auch in Fragen erzielt worden ist, bei denen CDU und GAL den gängigen Annahmen nach weit voneinander entfernt sind. Es ist jedoch nicht umstandslos mit einer reibungslos-harmonischen schwarz-grünen Kooperation zu rechnen. Spannender als an dieser Stelle alle möglichen Dissens- und Anknüpfungspunkte zu sezieren und damit Koalitionswirklichkeit vorwegzunehmen, erscheint aber die Frage nach den grundsätzlichen Schnittstellen eines schwarz-grünen Projekts. Ohne CDU und GAL in ihren Politikansätzen gleichsetzen zu wollen, interessiert uns, welche Synergieeffekte sich aus einer Verbindung beider Programmatiken ergeben könnten - und was für ein politisches Modell sich damit in der norddeutschen Tiefebene abzeichnet, das schließlich auch bundesweit Schule machen könnte.
Vor dem Horizont der schwarz-grünen Morgenröte beschäftigt uns also genau genommen die Frage, wie die aktuelle politische Entwicklung charakterisiert und politisch zu bewerten ist. Wenn wir dabei Schwarz-Grün im Folgenden als einen politischen Einschnitt gegenüber der vorangegangenen CDU?Alleinherrschaft behandeln, überspitzen wir mit Sicherheit hier und dort ein bisschen und erzählen nur die halbe Wahrheit - das aber aus gutem Grund. Unser Anliegen besteht nämlich darin, den Blick für aktuelle Spielarten des Politischen zu öffnen, die sich nicht in der gradlinigen Exekution klassischer Standortbelange und deren restriktiver Absicherung erschöpfen. Wir möchten die Überlegung anstellen, inwiefern sich an Schwarz-Grün zum einen eine Verknüpfung der Doktrinen von Wachsender und Kreativer Stadt, zum anderen eine optimierte Variante neoliberalen Regierens hervorheben lässt, die darauf abhebt, den ganzen Menschen noch umfassender und effektiver in das soziale Verwertungsgefüge zu integrieren. Zugegeben wenig optimistisch interessieren wir uns zudem brennend für die Frage, was eine schwarz-grüne Koalition in Hamburg bedeuten könnte - zum einen hinsichtlich der zu erwartenden Ausrichtung der Senatspolitik und zum anderen bezüglich linksradikaler Kritik- und Politikansätze.

2. Ansätze zur Bewältigung der Festivität

Unsere Auseinandersetzung mit der aktuellen Hamburger Politik muss nicht im luftleeren Raum beginnen. In den letzten Jahren hat es von linksradikaler Seite bereits eine Handvoll Versuche gegeben, zu einer Einschätzung der Situation zu gelangen. Dabei kamen unterschiedliche theoretische Perspektiven zum Zuge. Eine gewisse Erklärungskraft konnte unseres Erachtens ein an der Regulationstheorie orientierter Ansatz gewinnen. Diesen wollen wir im Folgenden zum Ausgangspunkt machen und anschließend den Vorschlag unterbreiten, ihn um das Konzept der Gouvernementalität zu ergänzen. Wir glauben, dass das Zusammenspiel beider Perspektiven ermöglichen kann, zu einem besseren Verständnis des politischen Projekts zu gelangen, wie es sich gegenwärtig mit der dunkelgrünen Regierungskoalition zu verdeutlichen beginnt.

Hausaufgabe I: Regulationstheorie

Im Mittelpunkt der Regulationstheorie steht ein Bild von Gesellschaft als Netz widersprüchlicher Verhältnisse, die in Bezug aufeinander in dem Sinne autonom sind,

dass sie einander zwar bestimmen, aber keine feste Einheit bilden und sich nicht gegenseitig ‚reflektieren'. Das regulationstheoretische Forschungsprogramm hat seinen gemeinsamen Nenner in der Vorstellung, dass es weder eine sich linear in der Geschichte durchsetzende ‚Logik' der kapitalistischen Entwicklung, noch ein ‚reines', aus abstrakten Kategorien ableitbares, Wirken des Wertgesetzes gibt. Regulationstheoretisch gilt das Interesse damit Prozessen ohne strategisches Subjekt. Ein zentraler Begriff dieses Ansatzes ist der "Fordismus", der im Sinne der Regulationsheorie ein umfassendes sozio-ökonomisches, bis in die 1980er Jahre hineinwirkendes Paradigma beschreibt. Der Fordismus wird sowohl als eine bestimmte Form der Produktion als auch der gesellschaftlichen Regulierung verstanden. Regulationstheoretisch betrachtet zeichnet sich das Paradigma des Fordismus auf drei unterschiedlichen Ebenen durch Vereinheitlichungs- und Angleichungstendenzen aus:

Erstens: die Verallgemeinerung der tayloristischen Massenproduktion (paradigmatisch hierfür: die Fabrik bzw. das Fließband), also die Ebene des Akkumulationsregimes betreffend.

Zweitens: die - aus staatlicher Sicht - steigende Notwendigkeit der Regulierung ‚von oben' aufgrund der Auflösung traditionelller sozialer Milieus. Kennzeichen dieser Entwicklung sind die Entstehung hochkomplexer Großorganisationen der Interessenvertretung, von Sozialpartnerschaft und Keynesianischem Wohlfahrtsnationalstaat, der seine Legitimation durch das Paradigma der Verteilungsgerechtigkeit bzw. ?potenz bezieht. Staatliche Steuerung und Interventionen erfolgen hier wiederum auf drei Ebenen: zum einen direkt den Akkumulationsprozess betreffend, zum zweiten in Form (sozial?)staatlicher Transferleistungen und zum dritten durch die Verregelung auch jener Bereiche, die noch nicht der Akkumulationslogik unterlagen. Dass der Staat hier gleichzeitig als Wohlfahrts- und als Kontrollstaat auftritt, spiegelt sich in der eigentümlichen Doppelgesichtigkeit des Begriffs der ‚Sicherheit' (als soziale Absicherung und als Innere Sicherheit und Ordnung).

Drittens: die Etablierung eines Systems der disziplinierenden Einschließung. Dieses koppelt die Verallgemeinerung individueller Disziplin(ierung), Leistungsbereitschaft und gesellschaftlicher Organisiertheit mit der Vorstellung, dass niemand ‚draußen' bleibe. Das Modell der (wohlfahrtsstaatlichen) Inklusion und Alimentierung lokalisiert die Möglichkeit individuellen Scheiterns im Bereich gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

Wie (nicht nur) von der Regulationstheorie bescheinigt wird, ist nun das oben beschriebene Paradigma des Fordismus spätestens im letzen Drittel des vergangenen Jahrhunderts in die Krise geraten. Diese gegenwärtige Krise des Fordismus wird als gekoppelt an Prozesse der ‚Globalisierung' bzw. ‚Glokalisierung' betrachtet. Die damit einhergehende Flexibilisierung von Märkten und Arbeitverhältnissen wird von der Regulationstheorie als "Postfordismus" beschrieben.

Den Versuchen einer Anwendung des regulationstheoretischen Ansatzes auf Hamburg zufolge ist seit den 1980ern Jahren der Wettbewerb zwischen den Metropolen zunehmend zum Dreh- und Angelpunkt städtischer Politik geworden. Die sich herausbildende neue Regulationsweise wird also als Projekt einer v. a. ökonomischen Modernisierung begriffen, dem gegenüber andere Regulationsweisen - etwa das technokratische Prinzip keynesianischer Wohlfahrtsstaatlichkeit - in den Hintergrund gedrängt, unter Schwarz-Schill dann vollständig entfernt wurden (vgl. Gruppe Demontage: We don't need no integration, 2001) . Unter dem Eindruck der Abwicklung städtischer Sozialpolitik und der polizeilich?repressiven Durchsetzung autoritärer Ordnungsvorstellungen wurde von der Gruppe Demontage nun die Frage aufgeworfen, ob das modernistische Prinzip städtischer Politik erst jetzt, in Form einer "autoritären Formierung", seine volle Gestalt findet. Damit ist gemeint, dass die strikte Marktorientierung letztlich ihre Flankierung und Absicherung durch eine zero?tolerance?Politik der Inneren Sicherheit erfährt und in dieser Form auch von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird (vgl. Gruppe Demontage: Rechtspopulismus in Hamburg, 2002). Eine daran anschließende, um den Faktor Schill bereinigte, Einschätzung legte 2005 dann die Gruppe Commode nach. Demnach hat sich zu diesem Zeitpunkt auch ohne die Figur des rotnäsigen Innensenators ein Regulationsregime etabliert, das sich als "autoritärer Wettbewerbsstaat" kennzeichnen lässt. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass auf integrative Politikansätze weiterhin verzichtet wird und marktorientierte Umstrukturierungen und ökonomische oder Prestigeprojekte rigoros von oben durchgesetzt werden. Vorstellungen sozialer Sicherheit werden dabei durch das Konzept von (innerer) Sicherheit und Ordnung ersetzt. Eine besondere Bedeutung erfährt in diesem Zusammenhang auch die Privatisierung vormals städtischer Aufgaben und öffentlicher Räume sowie die Bildung von Public Private Partnerships. Dieser Sicherheits- und Wettbewerbsstaat ist in eine Sicherheits- und Wettbewerbsgesellschaft eingebettet, die nach den selben Prinzipien funktioniert und das politische System trägt und legitimiert (vgl. Gruppe Commode: Widerstand im Schanzenviertel reloaded und Autoritäre Formierung, 2005).

Unbehagen

Der aufgezeigten Diskussion um eine Einschätzung städtischer Politik haben auch wir in den letzten Jahren nicht teilnahmslos gegenüber gestanden. Neben einem interessierten Aufgreifen der vorgebrachten Thesen machte sich bei uns aber auch ein gewisses Unbehagen breit. Zusehends haben wir den Eindruck gewonnen, dass die beschriebene These eines autoritär formierten Wettbewerbstaates zu glatt ausfällt, da sie die gesellschaftlichen Verhältnisse allzu eindeutig in Richtung einer zunehmenden Unterdrückung und eines allseitigen Revanchismus auflöst. So fegte die CDU nicht nur mit dem eisernen Besen durch die Stadt, sondern versuchte sich auch an integrativen sozial-politischen Maßnahmen (z. Bsp. "Quartiersoffensive"). Auch das Schaffen von Identifikationsangeboten ("Du bist Hamburg") und die Anrufung zur Selbstaktivierung gehört(e) zum politischen Repertoire der CDU.

Die Einbindung durch Identifikation mit der Wettbewerbslogik der Standort-Metropole Hamburg, sowie die Förderung von Eigeninitiative und die Ausrichtung individueller Handlungsfreiheit nach der Logik des Marktes scheint uns heutzutage kein Randphänomen des (städtischen) Regierens oder nur der ideologische Kitt von Klassengegensätzen zu sein. Diese Momente stelllen unserer Einschätzung nach vielmehr Kernelemente postfordistischer Regulation dar und müssen auch im Rahmen der Analyse eine entsprechende Berücksichtigung erfahren. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen haben wir bereits seit einer Weile die Frage nach der gouvernementalen Dimension der Wachsenden Stadt gestreift, sahen uns dabei jedoch mit der Schwierigkeit (und/oder unserem Unvermögen) konfrontiert, die Zusammenhänge, die uns zu dieser Zeit auf dem Herzen lagen, auf den Punkt zu bringen. Im Folgenden möchten wir einen ersten Versuch unternehmen, unsere gouvernementalitäts-theoretischen Überlegungen auf die aktuelle politische Entwicklung in Hamburg zu beziehen. Dafür ist zunächst ein kurzer Streifzug durch die wichtigsten Begrifflichkeiten und Gedankengänge des Konzepts der Gouvernementalität nötig.

Hausaufgabe II: Gouvernementalität

Im Vergleich zur oben beschriebenen Re-

gulationstheorie setzt das Konzept der Gouvernementalität etwas andere Akzente bei dem Versuch, die Strukturen und Funktionen zu beleuchten, die das Ökonomische mit dem Politischen verbinden. Die gouvernementalitäts-theoretische Perspektive wurde zuerst von dem französischen Philosophen Michel Foucault formuliert. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Macht ausgeübt wird und wie sich Regierungshandeln gestaltet. Ähnlich wie im Ansatz der Regulationstheorie werden Entwicklungen wie die wahlweise beklagte oder als Sachzwang ausgewiesene "Ökonomisierung des Sozialen" nicht einfach als ein Rückzug des Staates und als ein Weniger an Regierung verstanden, sondern als eine veränderte, optimierte Form bzw. Rationalität des Regierens. Verlautbarungen über politische Projekte einer Regierung (zum Beispiel eine Wachsende oder Kreative Stadt) werden nicht als bloße Rhetorik, Propaganda oder Ideologie behandelt, die lediglich der Legitimation oder Verschleierung des Bestehenden dienen, sondern es wird versucht, sie in ihrem programmatischen Charakter ernst zu nehmen: Sie verweisen auf die politische Praxis, indem sie ihr einen Denk- und Handlungsrahmen bereit stellen. Die eingesetzten Regierungstechnologien sind dabei nicht einseitig als Instrumente in den Händen ‚der Mächtigen' zu begreifen, mit deren Hilfe sie die Menschen unterdrükken. Der gouvernementalitäts-theoretische Ansatz zeichnet sich gerade dadurch aus, dass er zu analysieren versucht, wie Machtausübung nicht nur durch Repression, sondern auch und gerade durch produktive Anreize funktioniert.
Das eigentlich Neue und Spannende an dieser Perspektive besteht nun darin in den Blick zu nehmen, wie sich das Regieren bzw. das Regiertwerden von Menschen mit deren Fähigkeiten, sich selbst zu führen, verbindet bzw. verbinden soll. Der analytische Gewinn des Konzeptes der Gouvernementalität liegt also auch darin zu untersuchen, dass und wie (staatliche) Programme oder Anrufungen den Menschen nicht einfach äußerlich bleiben bzw. übergestülpt werden, sondern aufgegriffen und akzeptiert werden, sich in die eigene Subjektivität einschreiben und damit zur ‚eigenen' Handlungsmaxime werden. Unerwartet und ungeplant entstehen durch diese Aufforderung zur Selbst-Regierung aber auch neue Spielräume für Subversions- und Widerstandsmöglichkeiten, die die Gouvernementalitäts-Studien ebenfalls zu erfassen versuchen.
Ein wesentlicher Aspekt zeitgenössischer, neoliberaler Gouvernementalität besteht im (Glücks-)Versprechen einer ‚freiheitlichen' Gestaltung des eigenen Lebens. Der allerorts hörbare Appell zur Eigenverantwortung, dem zufolge wir uns alle als ein kleines Unternehmen begreifen und unser Leben selbstbestimmt in die Hand nehmen sollen, stellt die gegenwärtig eindringlichste Version einer solchen subjektivierenden ‚Handlungsermächtigung' dar. In ihr verbindet sich das neoliberale Wettbewerbsprinzip als Ordnungsmuster mit einer Strategie der Aktivierung der Einzelnen. Wir sollen uns auf dem ‚freien' Markt der Möglichkeiten optimal verwerten, tragen aber auch die Risiken eines möglichen Scheiterns selbst - und sind in diesem Fall auch gleich selbst die Adressat_innen möglicher Klagen, da wir es offensichtlich versäumt haben, die uns eingeräumte ‚Freiheit' eigenverantwortlich, produktiv und kreativ zu nutzen.

3. Ein Spiel aus Nähe und Distanz

Nachdem wir uns mit dem theoretischen Gerüst der Gouvernementalität befasst haben, werden wir nun versuchen, diese Perspektive in die folgenden Ausführungen zur Verfasstheit der Elbmetropole einfließen zu lassen. Zunächst betrachten wir die Schittmengen bezüglich des Klientels und der Programmatik von GAL und CDU. Besonders im Auge haben wir die gouvernementalen Anrufungen und die Ein- und Ausschlussmechanismen, die sich in der Koalitionszukunft abzeichnen.

Die Klientel macht die Musik

Als ein erster Ansatzpunkt für das Auffinden der Schnittstellen von Schwarz-Grün kann die Frage dienen, welche Klientel eine solche Koalition potenziell anspricht und zu repräsentieren beansprucht. Der gemeinsame Nenner liegt zunächst in der Tatsache, dass sich beide Parteien an ökonomisch gut Situierte wenden, während ökonomisch und sozial Schwächere weder die Stammklientel der CDU noch der GAL darstellen.
Jenseits der Frage nach dem ökonomischen Kapital der Zielgruppen lässt sich feststellen, dass die CDU eher eine Wähler_innenschaft mit bürgerlich-hegemonialem kulturellen Hintergrund adressiert (vom "Leuchtturmprojekt" Elbphilharmonie bis zum gepflegten, ‚sicheren' Amüsement auf der Reeperbahn). Dagegen fischt die GAL eher in linksliberal-bürgerlichen, aber auch in marginalisierten und subkulturell geprägten Gefilden. Mit ihrem Konzept der Kreativen Stadt, das sich vor allem die Förderung kultureller Vielfalt auf die Fahnen schreibt, versucht die GAL insbesondere Menschen anzusprechen, die sich als irgendwie ‚alternativ' betrachten. Diese Alternativität hat jedoch längst einen anderen Stellenwert erobert: Der Ruch einer gewissen Widerständigkeit ist verzogen - was zählt ist die Verwertung.
Das von GAL und CDU angesprochene Klientel lässt sich nicht mehr klar voneinander abgrenzen, zwischen Alternativ- und Hochkultur gibt es mittlerweile fließende Übergänge. Beide adressieren das bürgerliche Lager in seinen unterschiedlichen Ausprägungen.
Hinzu kommt, dass die GAL in den letzten Jahren eine starke Verbürgerlichung vollzogen hat: Vom unregierbaren Haufen zur Regierungspartei auf Bundesebene. So dürfte der Hauch einer alternativen, flippig-dynamischen Aura weniger abschreckend denn inspirierend auf (Teile der) CDU-Wähler_innen wirken. So könnte die strategische Integration von bisher eher der GAL zugeschriebenen Politikansätzen zu einem Jungbrunnen für die CDU werden: Zeitgemäßere Strategien zur Machteroberung und ?erhaltung und die Rückeroberung verloren geglaubter Wähler_innen. Dass sich die CDU nicht scheut, sich zwecks eines Rendezvouz' mit der GAL temporär in die Niederungen eines pseudo-alternativen Milieus zu begeben, deutete sich u. a. bereits vor einem Jahr anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung im "Kulturhaus 73" im trendigen Schanzenviertel an. Auch der grüne Parteiapparat und große Teile der Basis bewiesen bisher kaum Berührungsängste. So wurden Koalitionsgespräche und ?vertrag als Auszeichnung der eigenen politischen Seriosität und Arriviertheit gefeiert - zumal sich die Grünen seit Jahren verbissen darum bemühen, die letzten Reste des lästig gewordenen Sponti-Images abzulegen (oder höchstens noch strategisch damit zu kokettieren).

Sag mir wo du stehst: Wettbewerbsverzerrungen

Nach der Beschäftigung mit dem Aspekt der Klientelzusammensetzung und -kultur stellt sich nun die Frage, welche Gestalt das schwarz-grüne Projekt auf inhaltlich?politischer Ebene wohl annehmen wird und welche Formen der Regulation und des Regierens sich abzeichnen.
Eine erste große Gemeinsamkeit finden beide Parteien jedenfalls in ihrer Sorge um den Standort Hamburg. In der ‚Einsicht', dass es heutzutage zu aller erst gilt, die eigene Stadt im allseits verkündeten Wettbewerb der Metropolen gut aufzustellen und sie möglichst erfolgreich im internationalen Markgeschehen zu positionieren, besteht der Grundkonsens über das politische Gebot der Stunde. Hier findet nicht nur die Ausarbeitung einer schwarz-grünen Regierungsprogrammatik ihre Basis, sondern es wird auch die ungebrochene Hegemonie des modernistischen Regulationsansatzes



deutlich. Wenn sich jetzt aber alle in allen Dingen einig wären, dann wäre die Frage nach den ‚innovativen' Moment einer Verbindung von GAL und CDU überflüssig. Das Geheimnis von Schwarz-Grün würde sich tatsächlich in der banalen Berechnung parlamentarischer Mehrheiten erschöpfen. Deshalb gilt es im Folgenden, inner- und unterhalb der Standortfrage nach Differenzen zu fragen, bei denen es sich nicht einfach um unvereinbare Gegensätze handelt. Vielmehr interessieren die produktiven Reibungspunkte und inwiefern diese zu einer Weiterentwicklung der unter der CDU-Herrschaft etablierten politischen Strategien beitragen können. Also ein wenig ins Detail.

Die CDU hat in den letzten Jahren ihrer Regierungstätigkeit mit dem Konzept der Wachsenden Stadt eine mögliche Variante neoliberaler Standortpflege formuliert und umgesetzt. Und auch bei der GAL trifft die Parole von dem Primat des wirtschaftlichen Erfolges auf Begeisterung und wurde gleichermaßen zum Grundsatz ihrer Programmatik erhoben. Unter dem Motto einer Kreativen Stadt knüpft sie dabei an das ausgegebene Modernisierungs- und Wettbewerbsparadigma an, setzt jedoch die Nuance gegenüber dem Leitbild der CDU ein wenig anders. Es wird die Ansicht vertreten, dass die CDU mit ihrer unternehmensorientierten Politik zwar in die richtige Richtung arbeite, dass das, was sie damit bis dato für Hamburg erreichen konnte, aber bei Weitem noch nicht ausreiche. Demzufolge würden entscheidende Ressourcen verschenkt, wenn man sich nicht die schlummernden Potenziale aller Hamburger_innen zueigen macht. Denn, wie die GAL zu verkünden weiß, ist die "Entfaltung der menschlichen Begabungen und Möglichkeiten nicht mehr allein ein Gebot der Humanität", sondern "der wirtschaftliche Erfolg von Metropolen hängt zukünftig vor allem von der Kreativität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ab". Die Grünen zeigen sich gegenüber einer auf den schnelllen ökonomischen Erfolg der Erfolgreichen gerichteten Politik eher skeptisch und betonen lieber Aspekte der Integration und der Nachhhaltigkeit als die Schlüsssel zum Erfolg.

Das Bild einer ‚ganzheitlicheren' Standortpolitik muss aber auch in den Reihen der CDU nicht unbedingt als unvereinbar mit den eigenen Vorstellungen oder als Affront gegenüber dem eigenen Politikverständnis begriffen werden. Vielleicht vermögen hier manche Kreise sogar, eine fruchtbare Provokation eingefahrener Handlungsmuster zu erkennen. Zumal stichwortgebende Thinktanks wie die Bertelsmann Stiftung bezüglich der Notwendigkeit eines Umdenkens in eine ähnliche Richtung argumentieren wie die GAL.

Das geht im Original so:

"Neues zu erproben, kreative Lösungen zu finden, die eigenen Fähigkeiten zu beweisen - das sind Bedürfnisse, die jeder Mensch hat. Es sind diese Kräfte und Talente, die wir auf allen Ebenen unserer Gesellschaft freisetzen und bestärken wollen. Menschen, die ihre Fähigkeiten innovativ einsetzen, brauchen Freiräume. Und sie verdienen jede Anerkennung: Wertschätzung im Falle des Erfolgs, aber auch Unterstützung bei einem Rückschlag. Nur so kann unsere Gesellschaft zu neuen Ufern aufbrechen und zukunftsfähig werden."

(Zitat aus: "Gesellschaftspolitische Ziele und Perspektiven der Bertelsmann Stiftung")

Die Eigeninitiative der Menschen umfasssend zu fördern ist also nicht eine Erfindung der GAL, sondern ist zentrales Element neoliberaler Formen der (Selbst?)Regierung. Und so ganz war das auch an der CDU nicht vorbeigegangen. Bereits im Wahlkampf hatte sie die "Talentstadt" ausgerufen, sicherlich um das Thema Kreativität selbst zu besetzen und es nicht den Grünen zu überlassen, aber vielleicht auch ein Stück weit aus Einsicht in die Herausforderungen der Gegenwart. Bei genauerer Betrachtung entsteht aber der Eindruck, dass die Christdemokrat_innen in ihren Bemühungen, hier mal aus dem Quark zu kommen, in gewisser Weise blockiert sind und sich selbst im Wege stehen. Ihr Entwurf einer "Talentstadt" bleibt einem etwas elitären Dünkel verhaftet, denn die dort hofierten Kreativen sind nach wie vor Erfolgsmenschen, die es von überall her nach Hamburg zu holen gilt. Eine Vorstellung, die weiterhin der mittelstandsorientierten Programmatik der Wachsenden Stadt entspricht und die - ganz wie die Schwalbe, die noch keinen Sommer macht - keinesfalls einen Politikwechsel signalisiert.

Demgegenüber ist in der Kreativ?Version der GAL das Netz der Verwertungsoptimierung von vornherein viel weiter gefasst und feinmaschiger gespannt. Indem sie sich anschickt, das Potenzial aller Hamburger_innen aus dem Dornröschenschlaf zu wecken, geht es ihr um die umfasssende Aktivierung gesellschaftlicher Selbstheilungskräfte über die Eliten hinaus. Deshalb verkörpern die Grünen - nicht zuletzt aufgrund ihrer alternativ?basisbewegten Vergangenheit - einen viel glaubwürdigeren Akteur, dem zuzutrauen ist, jenseits aller planungsstaatlichen Antiquitiertheit das notwendige Know-how mitzubringen, um allseits Kreativität und Lebendigkeit gedeihen zu lassen. Eine Eigenschaft, von der nun auch die CDU innerhalb einer Koalition profitieren könnte.

Zwar wird die integrative Nachhaltigkeit, die mit einer schwarz-grünen Koalition in die Politik Einzug hält, manchmal die Vorstellungen von Standortpolitik, wie sie die Konservativen bisher hegten, kompromittieren. Aber die ‚realpolitischen' Zugeständnisse an die GAL mögen gleichzeitig ein gangbarer Weg sein, um eine Modernisierung der Politik der CDU auch gegen den eigenen Konservatismus durchzusetzen.

Schwarz-Grün in Hamburg bedeutet jedenfalls die Möglichkeit so manches, was theoretisch bereits als programmatische Notwendigkeit formuliert worden ist, nun auch praktisch zu erproben.

Das leidige Lied von der Repression

Anders als die Frage nach der richtigen Standortpflege hat die Thematik der Inneren Sicherheit in den Koalitionsverhandlungen eher eine untergeordnete Rolle gespielt. Zwar soll etwa der Jugendknast Feuerbergstraße wieder dicht gemacht werden, damit steht jedoch ein Projekt zur Disposition, bei dem sich die CDU eh nicht gerade mit Ruhm bekleckern konnte. Ihr mag es ganz recht sein, wenn das Thema lieber heute als morgen vom Tisch kommt. Andere ‚Erfolgsprojekte' der CDU wie etwa die polizeiliche Videoüberwachung oder das neue Polizeigesetz werden beibehalten bzw. fortgeführt.

Die Konturen grüner Sicherheitspolitik werden deutlicher, wenn man sich ihr Agieren angesichts aktueller Moralpaniken wie etwa der vermeintlich grassierenden ‚Jugendgewalt' rund um den ‚Kriminalitätsschwerpunkt Reeperbahn' vor Augen führt. Während die Grünen ansonsten eher ver-

sucht sind, den Topos der ‚Sicherheit' durch die Forderung nach verkehrsberuhigten Zonen und ausgebauten Radwegen lautstark zu besetzen, wird angesichts der Ausweitung polizeilicher Maßnahmen und Befugnisse eher leise auf die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel verwiesen. So ist im Koalitionsvertrag bspw. zu lesen: "An der Videoüberwachung im öffentlichen Raum an Kriminalitätsschwerpunkten wird unter besonderen Rahmenbedingungen grundsätzlich festgehalten." Die linksalternative Vergangenheit der GAL scheint jedenfalls nicht sonderlich dazu beizutragen, sich kategorisch gegen Polizeikontrollen



und Videoüberwachung auszusprechen. Stattdessen wird eine gesicherte Rechtsgrundlage und genaue Prüfung der zu treffenden Maßnahmen angemahnt. Darüber hinaus haben die Grünen es sich zur Gepflogenheit gemacht, in solchen Situationen den Gedanken der sozialpolitischen Prävention für sich zu entdecken. Hier entwerfen sie Szenarien, denenzufolge es neben der repressiven Polizeiarbeit weiterer fürsorgerischer Tätigkeiten bedarf, um der Lage Herr und Frau zu werden. Wenn etwa die Bereitstellung von Bildungschancen als wichtiger Beitrag zur Gewährleistung von Sicherheit vor Gewaltverbrechen angeführt wird, weht der Hauch von Integration durch die Hallen grüner Weltverbesserung. Auch wenn ‚Sicherheit' bestimmt ein ambivalentes Thema zwischen den Koalitionsparteien bleibt, und es mit der GAL keine groß angelegten Law and Order-Kampagnen geben wird, zeichnet sich für die Senatspolitik doch eine Doppelstrategie ab, die produktiver sein könnte, als der bisherige CDU-Ansatz für sich genommen. Die Grünen sind heutzutage weit davon entfernt, die sicherheitspolitischen Konjunkturen der Gegenwart grundsätzlich in Frage zu stellen. Es besteht eine gewisse Offenheit für polizeiliche ‚Problemlösungen', neue Vorschläge werden weitestgehend auf der Grundlage der bereits etablierten repressiven Standards unterbreitet. Tatsächlich könnte die Reflexivität der GAL gegenüber der Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes sogar zu einer effektiveren Anwendung des Arsenals der Inneren Sicherheit führen. Mit dem Prinzip der Kosten?Nutzen?Abwägung bringt sie unter der Fahne zu bewahrender Bürger_innenrechte ein ökonomisches Kalkül in die Sicherheitspolitik ein.

Auch die CDU wird sich den vielschichtigen, nicht auf Repression beschränkten Ansätzen nicht ganz verschließen können - und die ‚aufgeklärteren' Teile des konservativen Spektrums mögen sogar Einsehen in den möglichen Nutzen haben. Denn was die Grünen eben auszeichnet, ist, dass sie einen Teil der ausgemachten Sicherheitsprobleme in den Bereich einer ordnungspolitisch gewendeten Sozialpolitik verlagert sehen möchte. Dabei spricht einiges dafür, dass die Verbindung von ausschließender Repression und grünen Integrationsansätzen ein effektiveres Instrumentarium bereit stellt als der etwas einseitige Hau-drauf-Ansatz neokonservativer Machart für sich allein. Auch wenn gallische Zurückhaltung und Differenziertheit die Spielräume für die Menschen in dieser Stadt vordergründig hier und da vergrößern werden, so erfolgt mit der Flexibilisierung des Instrumentariums gleichzeitig auch eine Ausweitung der administrativen Zugriffsmöglichkeiten. Und auch die gerade erst gewährten Spielräume tendieren dazu, den laufenden politischen Kontroll- und Verwertungsstrategien in die Hände zu spielen. Warum dies so sein könnte, wird noch mal deutlicher, wenn man das Zusammenspiel von Ein- und Ausschlüssen betrachtet, das sich abzuzeichnen beginnt, wenn man Kreative und Wachsende Stadt addiert und gleichzeitig voneinander abzieht.

Dabei ist alles!?

Auch wenn die CDU in der zweiten Hälfte der letzten Legislaturperiode Maßnahmen wie die so genannte "Quartiersoffensive ‚Lebenswerte Stadt'" auf den Weg gebracht hat, fährt sie traditionell ein relativ kompromissloses soziales Ausschlusskonzept, das kaum Zweifel daran lässt, für welche Menschen ein Plätzchen in der Wachsenden Stadt vorgesehen ist und für welche eben nicht. Dagegen hat die GAL mit dem Modell der Kreativen Stadt vordergründig auf ein eher integratives Konzept gesetzt, das mit Forderungen nach Chancengerechtigkeit und mehr Partizipation der Bürger_innen zu punkten versucht. Doch auch diese Vorstellung hat ihre Untiefen.

Beiden Programmatiken gemein ist zunächst die neoliberale Anrufung, sich im Sinne eines eigenverantwortlichen Selbst-Unternehmer_innentums zu verhalten und das Glück aus eigener Kraft zu schmieden. Der CDU?Variante zufolge soll Mensch sich zuvorderst als Ich-AG auf dem Markt der Möglichkeiten ökonomisch behaupten. Interessant sind vor allem diejenigen, die es ‚zu was bringen' - die ‚Leistungsträger_innen'. Wer oder welche hingegen scheitert, bleibt auf sich selbst zurückgeworfen auf der Strecke. Ausschluss und Unsichtbarmachung gehen hier Hand in Hand.

Dementsprechend interessieren unmittelbar ‚unproduktive Existenzen' in der Wachsenden Stadt auch nur als ein angehendes Sicherheitsproblem. Reagiert wird dann, wenn sich Randständigkeit und Verelendung nicht übersehen lassen und zum Handeln zwingen, um das aufpolierte Hochglanzimage wieder herzustellen. Sinnbildlich hierfür ist die restriktive Drogenverbotspolitik, die zu einer weitgehenden Zerschlagung lokaler Hilfsangebote sowie zu einer Vertreibung der ‚offenen Szene' aus dem öffentlichen Raum und ihrer Ghettoisierung rund ums Wüstenrothaus geführt hat.

In der Vision der Grünen erfahren Glücksversprechen und Regierungstechnologie des Selbst?Unternehmer_innentums hingegen gerade dadurch eine Besonderheit, dass Mensch selbst noch im Ausschluss bzw. gerade in absolut prekarisierter Existenz die Möglichkeit gegeben werden soll, die eigenen Potentiale zu nutzen. Es

sollen möglichst alle möglichst lange die Gelegenheit erhalten, die eigenen Ressourcen produktiv zu wenden. Dabei gerät anders als bei den Humankapital-Visionen der CDU nicht nur der unmittelbare Markterfolg der einzelnen in den Blikkpunkt. Der ‚ganze Menschen' wird als Ressource begriffen und soll sich in allen Facetten der eigenen Subjektivität entfalten. Kreativität und soziale Kompetenz werden von den Grünen ebenfalls hervorgehoben. Glaubenssätze, die bereits aus der New Economy hinlänglich bekannt sind: Hinter der Bejahung von Vielfalt und Toleranz steckt ebenfalls ein ökonomisches Kalkül. In der ‚gelebten Lebendigkeit' werden von den Grünen schlummernde Potenziale erkannt, die nicht voreilig verschenkt werden dürfen und einen Beitrag zur Prosperität der Elbmetropole zu leisten haben.
Unter diesen Vorzeichen gewinnt zum Beispiel die Migrationspolitik der GAL eine zynische Note und fügt sich stromlinienförmig in den Standortoptimierungsimperativ ein. Unverholen offen wird hier parallel zur elitenorientierten Greencard?Debatte das Kalkül zur Schau getragen, demzufolge Integration keinen humanitären Selbstzweck darstellt. Das zentrale Argument ist der zu erwartende kulturelle und ökonomische Gewinn, der sich in rassistischer Manier von den "besonderen Talenten" der Migrant_innen versprochen wird. Man möchte es der GAL fast in den Mund legen: "Alle, die es als Illegale bis hierher geschafft haben, müssen so einiges auf den Kasten haben - solche Leute können wir noch brauchen!"
Der einladende Gestus der GAL ist aber nicht nur doppelbödig, sondern hinter der Einladung wartet auch weiterhin die Ausladung. Zwar soll es jedem/jeder ermöglicht werden, seine/ihre ‚Chancen' zu nutzen, doch auch in der Vision der GAL mündet ein persönliches Scheitern nicht in den Armen des Vorsorgestaats. Die Soziapolitik hat mit der Bereitstellung von Chancen ihre Schuldigkeit ja bereits getan. Indem in der letzten Instanz an dem Prinzip der eigenverantwortlichen Selbstaktivierung festgehalten wird, wiederholt sich nicht nur das von der CDU bekannte Ausschlussprinzip, sondern es verdoppelt sich gewissermaßen. Zum einen bleiben auch in der grünen Variante Partizipation und Teilhabe weitestgehend denjenigen vorbehalten, die über die entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen verfügen und es verstehen, ihre Chance zu nutzen (wenn auch mehr Menschen die Gelegenheit dazu erhalten sollen). Zum anderen werden all diejenigen, denen es nicht gelingt, sich selbst des Glücks zu bemächtigen, in den Zirkel des schlechten Gewissens und der permanenten Aktivierung eingeschlossen, kontrolliert und bei der Stange gehalten. Ausschluss durch Einschluss.

4. Befund und Ausblick

To be confirmed.
Ein Stück weit mag nun plausibel geworden sein, in welche Richtung die zukünftige Senatpolitik weisen könnte. Wie sich gezeigt hat, muss es angesichts der grünen Spielart neoliberaler Regierungsrationalität nicht verwundern, dass in der Koalitions-Debatte die Programmatik der inzwischen im bürgerlichen Lager angekommenen GAL seitens der CDU als "in die Zukunft gerichtet" gelobt wird. Und mit den Grünen in ihrem Windschatten könnte sich die CDU zu einer flotten Zukunftspartei mausern: Im Vergleich zur ihrer bisherigen autoritär-neoliberalen Holzhammerpolitik und dem ihr anhaftenden Ruch kultureller Verstaubtheit könnte sie von den ‚soft skills', dem Integrationsgestus und der vermeintlichen Verve der GAL profitieren.
Sicherlich bleibt es wichtig, die unmittelbaren Verbesserungen gegenüber einer CDU?Alleinregierung zu sehen, und an einigen Punkten wird es tatsächlich zu einer Verkleinerung konkreter Übel kommen (z.B. Reduzierung der Studiengebühren, etwas bessere Versorgung für Illegalisierte, geringfügig größere Spielräume für Protest, bisschen Umwelt und Radwege…). Insgesamt ist aber auch mit einem grünlichen Anstrich kaum Gutes von der künftigen Senatspolitik zu erwarten. Die sich abzeichnenden Momente der Abfederung verweisen dabei nicht auf das unattraktive Projekt einer Restauration des traditionellen sozialstaatlichen Klassenkompromisses. Sie signalisieren vielmehr eine Modernisierung der in ihrer ökonomischen ‚Reinform' mittlerweile verstärkt unter Beschuss geratenen neoliberalen Variante postfordistischer Regulation. In ihrem Lichte erscheint das rigorose Ausschlussprinzip der CDU als ein allzu voreiliges Verschenken wichtiger Ressourcen. Demgegenüber verspricht das Aufgreifen neuer Integrationsstrategien und umfassender Techniken der Selbstführung durch die GAL, brachliegende Potenziale zur Entfaltung zu bringen und soziale Kontrolle zu optimieren. Die Logik der Eigenverantwortlichkeit wird dabei nicht aufgelöst, sondern noch intensiviert und der Ausschluss durch selbstverschuldetes Scheiterns lediglich verzögert. Nicht eine Abkehr von neoliberalen Rationalitäten und Praktiken des Regierens ist zu beobachten: Schwarz-Grün tritt an, um Verwertungs- und Leistungsimperative auszubauen und sie auf eine neue und tragfähigere Grundlage zu stellen.

To be continued.
Die kommende Realpolitik wird dem von uns aufgestellten Befund über das schwarzgrüne Regierungsszenario sicherlich nicht in Gänze entsprechen. Tatsächlich wird es auch eine Reihe von (notwendigen) Kompromissen zwischen beiden Parteien geben, die als Sand im Getriebe des eigenen Politikbetriebs wirken. Sie mögen von den von uns prognostizierten Synergieeffekten weit entfernt sein. Dennoch kann auf der programmatischen Ebene des Regierens das beschriebene neoliberale Ensemble aus Standortwettbewerb und Empowerment als der Kern künftiger schwarz-grüner Politik ausgemacht werden. Wir haben jedenfalls versucht, das kommende Koalitionsszenario als eine solche Tendenz zu betrachten und in diese Richtung zuzuspitzen. Wenn wir auf diese Weise zukünftige Entwicklungen vorwegnehmen wollten, dann nicht zuletzt auch deshalb, um über linke Strategien der Intervention nachzudenken, die in der Lage sind, auf die veränderte Situation zu reagieren. Auch in dieser Hinsicht gilt es, den beschriebenen programmatischen Horizont schwarz-grünen Regierens nicht als Abbild der ganzen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu nehmen. Diese ist wesentlich vielschichtiger und voller Brüche, und es wird auch inner? und unterhalb der aktuellen politischen Verhältnisse weiterhin Möglichkeiten und Spielräume für ein Sich-dagegen?Verhalten geben.
Wenn wir über diese Möglichkeiten nachdenken, erscheint uns zurzeit die Frage nach den Bedingungen räumlicher Politikansätze von besonderem Interesse zu sein. Nicht nur das an vielen Punkten inzwischen eklatant deutlich gewordene Scheitern ‚klassischer' autonomer Raumkonzepte inspiriert zu diesem Fokus. Vor allem die ambivalente Konjunktur der aktuellen "Freiraum"-Formel lädt zum nachdenken ein. Sie findet sich nicht nur bei der Bertelsmann Stiftung, sondern erfreut sich gerade auch in linken und subkulturellen Zusammenhängen einer großen Beliebtheit. Vor dem Hintergrund der bisher angestellten Überlegungen werden wir deshalb in einem folgenden Text versuchen, den städtischen Raum auch noch ein zweites Mal zu durchmessen. Auf den Spuren der Verräumlichung von Dissidenz und Subversion gilt es dann, die Analyse des Regierens mit den hier auffindbaren Praktiken des Aufbegehrens zu verbinden. To be continued.

Anwohner_innen von außerhalb

Für ein ganz anderes Klima!
Klimacamp in Hamburg 14. bis 24. August 2008

It's too hot! - Das Klima wandelt sich

Die Atmosphäre heizt sich auf. Selbst die düstersten Prognosen des Weltklimarats der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2007 erscheinen inzwischen als zu optimistisch.
Dabei ist Klimawandel mehr als schmelzende Polkappen, ertrinkende Eisbären und Hurrikane mit bislang ungekannter Stärke. Klimawandel ist eine soziale Katastrophe. Die globalen Veränderungen der Ökosysteme spitzen die sozialen Gegensätze weltweit zu, denn die Auswirkungen der Erwärmung sind ungleich verteilt - zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb von Gesellschaften, zwischen Reich und Arm.
Die Erwärmung der Atmosphäre ist kein Betriebsunfall, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftsform, die auf Profit und Wachstum beruht. Aufgrund dieser Höher-Schneller-Weiter-Logik, , werden im globalisierten Kapitalismus enorme Mengen fossiler Ressourcen verbrannt, etwa für die Herstellung und den Vertrieb von Waren mit Hilfe eines weltumspannenden Logistiknetzes. Und auch wenn fast jedeR inzwischen das Klima retten möchte, der Verbrauch fossiler Energien wie Öl, Gas und Kohle steigt weiter an. Zeit, sich einzumischen!

Klimawandel ist big business

Immer schneller steigt die Nachfrage nach Energie und die Preise der Ressourcen steigen. Selbst die Internationale Energieagentur geht davon aus, dass der Höhepunkt der Ölförderung bald überschritten sein wird. Derweil steigt die Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre und damit die globale Durchschnittstemperatur. Was tun? Gegenteiliger Rhetorik zum Trotz setzen Regierungen und Konzerne weiterhin klar auf fossile Energien: Zwanzig Kohlekraftwerke sollen allein in Deutschland neu gebaut werden; die Automobilindustrie verweigert sich mit Rückendeckung des Umweltministers jeglicher Grenzwerte beim Schadstoffausstoss; Flughäfen werden munter ausgebaut und den stetig wachsenden Energiekonzernen wird militärisch bei der Absicherung ihrer fossilen Ressourcen geholfen. Von einer Energiewende keine Spur.

Stattdessen wird vorgegaukelt, dass mit den entsprechenden technischen Ansätzen alles so weiterlaufen kann wie bisher: dank unterirdischer CO2-Lager, emissionsfreien Kohlekraftwerken, und den tickenden Zeitbomben in Form von Atomkraftwerken.
Und auch beim Verkehr wird ein "ruhig weiter so" propagiert, denn der Treibstoff der Zukunft wird aus Zuckerrohr, Soja oder gentechnisch modifiziertem Raps gewonnnen. Die Folgen: riesige neue Monokulturen, Brandrodung von Urwäldern für Anbauflächen und der Verlust von Ackerland zur Nahrungsmittelproduktion. Während einige wenige vom Geschäft mit dem Biosprit profitieren, sind schon heute die Auswirkungen dieser Politik auf arme Bevölkerungsgruppen sichtbar: In Mexiko wird Mais knapp, endlose Weiten Kohlendioxid-bindender Eukalyptuswälder laugen in Brasilien die Böden aus, und für das lukrative Geschäft mit Palmöl werden in Indonesien Torftropenwälder abgebrannt. Weltweit steigen die Lebensmittelpreise und Menschen hungern, damit die Maschinerie der Weltwirtschaft weiterhin rund läuft.

Gleichzeitig lässt sich mit Klimawandel viel Geld verdienen - ohne dass es einen ökologischen Nutzen gibt: die meisten Fluggesellschaften bieten "klimaneutrale Flüge" an; Atomkraftwerke werden als "ungeliebte Klimaschützer" dargestellt, deren Laufzeiten zum Schutz des Klimas verlängert werden sollen; von Regierung und Unternehmen wird eine"ökologischen Marktwirtschaft" propagiert. Mit dem Handel von Emissionsrechten verdienen wenige Finanzmarktakteure - tatsächliche Einsparungen bisher Fehlanzeige.

Mit der jetzigen Wachstumsökonomie kann der Klimawandel nicht aufgehalten werden. Die fossilen Ressourcen müssen im Boden bleiben - ein wenig Energieeffizienz hier und da reicht eben nicht.

Ökologische Prekarität - klimatische Grenzen

Arme Bevölkerungsgruppen - diejenigen, die den Klimawandel am wenigsten verursachen - trifft es am schwersten. Die bestehenden krassen sozialen Unsicherheiten werden sich durch die Auswirkungen einer erhöhte Temperaturen drastisch verstärken - der tägliche Überlebenskampf vieler Menschen sich noch einmal verschärfen.. Es wird zusätzliche klimatische Grenzen geben, die vielen Menschen das Überleben schwer machen. Es sind die finanzielllen Mittel, die über die Möglichkeit entscheiden, negative Folgen des Klimawandels abzumildern. Zur Verfügung stehen diese vor allem in den Industrieländern des globalen Nordens.

Schon heute ist Migration die Reaktion vieler Menschen auf das massive Wohlstandsgefälle. Sie finden sich nicht damit ab, dass sie von der Teilhabe am Reichtum ausgeschlossen sind. Sie ergreifen daher die Initiative: Sie überschreiten Grenzen, um für sich und ihre Familien einen fairen Anteil am Reichtum der Erde einzufordern. Anstatt die Ursachen des Klimawandels wirksam zu bekämpfen und durch Anpassungsmaßnahmen seine Auswirkungen auf die Betroffenen zu vermindern, schotten sich die wohlhabenden Staaten gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen ab. An den Grenzen entstehen Zäune, Flüchtlingsboote werden mit allen Mitteln von den Küsten abgehalten und wer es dennoch schafft wird mit Gewalt abgeschoben. Täglich verletzen sich Menschen an stacheldrahtbewehrten Grenzzäunen, ertrinken im Meer oder werden in ein Land verfrachtet, in dem sie nie zu Hause waren.

Aber nicht nur global öffnet sich die Schere zwischen Wohlhabenden und Besitzlosen. Auch innerhalb von Staaten - reichen wie armen - sind die Kosten des Klimawandels ungleich verteilt: Menschen mit niedrigen Einkommen sind am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Ihre Wohngebiete werden als erstes überschwemmt, ihre Böden erodieren, ihre Wasserquellen vertrocknen. Und im Norden sind es die NiedrigverdienerInnen, die einen überproportionalen Anteil der Klimaschutzkosten tragen müssen - die ökologische Prekarität verschärft sich. Sie geben proportional mehr ihres Einkommens für Energie aus als Reiche und werden daher z.B. von den Kosten des CO2-Zertifikathandels stärker belastet. Die etwa 1,6 Mrd. Menschen, denen das soziale Recht auf Zugang zu Elektrizität verwehrt ist, tragen am stärksten die sozio-ökologischen Konsequenzen der CO2-intensiven Lebensweise. Ein ganz anderes Klima ist nur möglich, wenn globale soziale Rechte wie das Recht aller auf einen Zugang zu Energie und eine Änderung des fossilistischen Industrialismus zusammen gedacht werden.

Von Seattle über Heiligendamm nach Kopenhagen - eine neue Wetterfront

Als bei der Blockade der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999 tausende DemonstrantInnen die "Bewegung der Bewegungen" auf den Weg brachten, ging es um den Protest gegen weitere Marktliberalisierungen, gegen Privatisierung, gegen Konzernherrschaft, also gegen eine neoliberale Form der Globalisierung. Genau diese Kritiken sind weiterhin wichtig beim Kampf gegen Klimawandel. Denn es ist Klimaschutz, wenn weltweit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern für soziale Landreformen und gegen eine exportorientierte agroindustrielle Landwirtschaft streiten: Für den Anbau von Grundnahrungsmittel, gegen Valentinstag-Blumen per Flugzeug in alle Welt. Das Engagement gegen den Klimawandel ist wichtig, weil sich die Rahmenbedingungen aller anderen sozialen Auseinandersetzung unter den Bedingungen der Erwärmung dramatisch verschlechtern:

"Es ist genug für alle da!" wird gesagt, oder "Alles für alle!" Richtige Forderungen. Denn "für alle" ist gut, aber was kann die materielle Grundlage dafür angesichts ökologischer Katastrophen sein? Wie kann es soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit geben? Wie wollen wir leben und arbeiten und wie ist der materielle Reichtum in der Gesellschaft verteilt? Wer besitzt die Energiequellen? Wie sehen solidarische kollektive Lösungen aus, die nicht zu (neuer) sozialer Kälte führen? Und Umverteilung von Nord nach Süd ist notwendig. Nur wenn der Norden seine historische Schuld als Hauptverursacher des Klimawandels tatsächlich massiv Reichtum umverteilt wird, kann man erwarten, dass im Süden verbindlich C02 eingespart werden wird.

Im Dezember 2009 findet die neunte Klimakonferenz in Kopenhagen statt. Noch beim G8-Gipfel in Heiligendamm konnte Merkel sich fast unwidersprochen als Klima-Queen in Szene setzen. Auch wenn internationale Klimapolitik nur ein Terrain bei der Auseinandersetzung für eine Klima der Gerechtigkeit ist, so ist es doch ein Ort, wo die globalen Kräfteverhältnisse sichtbar werden. Mit dem Klimacamp08 werden wir diese verschieben - Schritt für Schritt.

Das Klimacamp - cool breeze of resistance

Das Ziel den Klimawandel abzubremsen und dabei die Kosten gerecht zu verteilen wird nicht einfach zu erreichen sein, denn die heute Mächtigen haben wir gegen uns. Das Klimacamp ist der Ort, wo wir uns gegenseitig informieren und miteinander über andere Verhältnisse von Gesellschaft und Natur diskutieren. Es geht um spektrenübergreifend Strategien und Positionen für eine Klimabewegung. Mit dem Klimacamp gehen wir auf der Suche nach Widerstandsformen gegen die CO2-Ökonomie - auch im Alltag. Um das Klima zu verändern braucht es entschlossene Aktionen. Dazu gehören große und kleine ungehorsame Aktionen. Das Klimacamp ist eines von vielen, vernetzt mit Camps in Australien, Neuseeland, USA, Großbritannien und Schweden.
Unsere Zelte werden wir in Hamburg aufschlagen, in der größten Hafenstadt in Deutschland, dem meist frequentierten Logistik- Knotenpunkt von Schiffs- und Straßenverkehr. Dazu gehört auch der größte Kohlehafen, wo Nachschub aus Australien, Indonesien und Kolumbien für hiesige Kraftwerke und Industrien angelandet wird. Archer Daniels Midland betreibt in Hamburg eine der großen Biodieselfabriken. Der Energiekonzern Vattenfall steuert von dort aus Atom- und Kohlekraftwerke. Zudem wird parallel ein antirasstisches Camp stattfinden, das u.a. den Hamburger Charter-Abschiebe-Flughafen zum Aktionsziel macht. Die Vorbereitungsprozesse beider Camps werden so aufeinander abgestimmt, dass die Potentiale der Mobilisierungen best möglichst zur Geltung kommmen.
Deshalb: Hin zum Klimacamping08! Mach mit bei den Klima-Aktionen. Tanzen, demonstrieren - und blockieren. Für andere Energien. Gegen den Strom. Gegen soziale und ökologische Prekarisierung - weltweit! Lust auf Solidarität! Alles für alle - aber anders! Wir sehen uns! In diesem Sinne - für ein ganz anderes Klima!

die vorbereitungsgruppe für das klimacamp08 in hamburg, viele einzelne, avanti - projekt undogmatische linke, camping07 ag, grüne jugend, glocal group, kein mensch ist illegal hanau, anti-rassismus-büro bremen linksjugend/solid, aktivisten von attac, nolager bremen,

Erstes lokales Klimacamp-Vorbereitungstreffen: Dienstag, den 29.4., um 19.30 Uhr Attac- Büro Zimmerpforte 8 / Ecke Hansaplatz in St. Georg

? ! Linksradikale Klimapolitische Intervention ? !

Mit dem AntiRa-Camp zusammen wird es diesen Sommer erstmals ein Klima-Camp in Hamburg geben (15.-23.Aug.). Wie ist dieses "neue" Themenfeld einzuschätzen? Der Vorbereitungskreis (zu dem wir uns auch zählen) bezieht sich auf zwei Vorbilder: Das "Camp for Climate Action" in Großbritannien, wo in den letzten zwei Sommern jeweils ein Aktionscamp stattgefunden hat und auf die Erfahrungen einer themen- und spektrenübergreifenden Zusammenarbeit und den Blockadekonzepten während der G8 Proteste in 2007.
Doch inwieweit bietet dieses Feld Interventionsmöglichkeiten von linksradikaler Seite? Wir können die Camps in Großbritannien nicht wirklich auswerten und bewerten. Das Mobilisierungs-Video vom "Camp for Climate Action" zeigt allerdings nur bedingt attraktive Anknüpfungspunkte. Wenn wir nach ihm gehen, dann lag der Schwerpunkt sehr auf das Innen der Camps, wie sich die Leute organisieren, selbstverwalten und regenerative Energien nutzen. Doch kann das reichen? Der apokalyptische Tenor des Films ist ebenfalls abschreckend und schafft mit seinem Angst schürenden "Hilfe die Welt geht unter" nicht unbedingt einen ruhigen Kopf für differenzierte Betrachtungen und die Wahl emanzipativer Wege. Denn gerade die Angst vorm Klimawandel lässt große Teile zu systemimmanenten Lösungen (nur der Kapitalismus kann das technologisch richten) greifen und auch rechte/nationale Ideologien machen sich diese Angst zu Nutze.

Vorschläge zur Diskussion um linksradikale Intervention:

1) Energieproduktion vergesellschaften:
Kapitalistische Produktion ist von Energie abhängig. Kapitalistische Energiegewinnung führte schon immer zu Ausbeutung und Unterdrückung, z.B. Arbeitsbedingungen in

Kohlegruben in Kolumbien, der Uranabbau im Kongo oder die Katastrophen im Nigerdelta bezüglich der Ölgewinnung und Pipelines sind verheerend. Doch auch die Arbeitsbedingungen hier sind weit entfernt, von Selbstbestimmung mit all dem Leistungsdruck und schlechtem Lohn. Die neoliberale Privatisierungswelle hat diesen Sachverhalt noch verschärft.
Viele bürgerliche Privatisierungsgegner hätten gerne den "Wohlfahrtsstaat" wieder, der sich auch um die Energieversorgung kümmern soll. Eine linksradikale Richtung könnte hier die ökologiefeindliche und kapitalistische Politik gleichermaßen angreifen. Auch staatliche Lösungen oder der Ruf nach dem Staat, der als vermeintlich einzige Instanz den umweltschädlichen Profitdrang durch Regulation einzudämmen vermag, so gesetzliche, steuerliche, wie auch andere marktorientierte Lösungen z.B. Emissionshandel, gilt es anzugreifen oder differenziert kritisch zu betrachten.
Der Zugang zu Energie ist Menschenrecht. Die Realisierung, bzw. Aneignung dieses Rechts sollte nicht in die Hand von Konzernen oder dem bürgerlichen Staat gelegt werden. Zugang zu Energie ist Gemeinwohl und diese gilt es zu vergesellschaften.

2) Die Klassenfrage einbeziehen:

Viele Umwelt-NGOs nehmen nur die ökologischen Aspekte in den Blick und lassen die kapitalistische Produktion und die Arbeitsbedingungen außen vor. Ihre Antworten nehmen sich nur begrenzt der kapitalistischen Komsumptionslogik an und beantwortet diese dann mit einer falschen Verzichtslogik. Ihre politischen Forderungen zielen auf Märkte für Bioprodukte und ökologische Energiegewinnung ab, die auf ein Einkommenslevel der Mittelklasse ausgerichtet sind (ihre Mitglieder). Doch auch andere Akteure bieten nur Lösungen an, die auf die Mittelklasse abzielen und betreiben keine Politik, die das Klassenelement der Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung einbezieht. So finden sich umweltbelastende Industrien meist in ärmeren Stadtteilen, wie der geplante Kohlekraftwerksneubau in Hamburg-Wilhelmsburg. Diese ignorieren oft auch die Lebensbedingen und Möglichkeiten ärmerer Menschen hier und im Süden. Deren Lebensentscheidungen werden dazu noch moralisch abgewertet, nach dem Motto die Armen fahren die umweltschädlichsten Autos und kaufen keine Bioprodukte und in der sogenannten dritten Welt wird Abwasser direkt in die Flüsse geleitet und Abgase werden nicht gefiltert.

3) Konsumptions- und Produktionsverhältnisse angreifen:

Es sollte die ganze Reihe von Produktion und Konsumption und der strukturell kapitalistische Zusammenhang von Beidem in den Blick genommen werden. An beiden Punkten gilt es den Kapitalismus zu erschüttern, denn er ist ursächlich auf Beides aufgebaut. Ein Beispiel an dem sich dies gut verdeutlichen lässt, ist der neue Hype um Agrofuels, aber auch die industrielle Landwirtschaft (in Nord und Süd). Die weitere Ausbreitung dieser im Süden beinhaltet erhebliche gewaltvolle Verdrängungsprozesse von Kleinbäuer_innen und Kleinhändler_innen und den weiteren Entzug der Ernährungssouveränität. Aspekte dieser Inwertsetzung und Durchkapitalisierung sind: menschenverachtende Arbeitsbedingungen, das Durchsetzen der Abhängigkeitskette, z.B. von ausschließlichem Bezug von patentiertem Saatgut, welches durch Hybridzüchtung nur zur einmaligen Aussaat genutzt werden kann, die Gentechnik und das Abnutzen und Belasten der Böden durch Pestizide und Monokulturen, weiter die Transportkette, hin und her von Zwischenproduktschritten (die Orangensaft Kette legt 10.000 km nach Deutschland zurück) und die Preismacht der Discounter-Konzerne, die immer stärker ohne Zwischenhändler den Markt bestimmen.



4) Die differenzierte in Blicknahme unterschiedlicher Zusammenhänge:

Dies meint, nicht Wasserkraft und Solarenergie grundsätzlich und immer zu befürworten, die kapitalistische Konsumausrichtung nicht zu scheuen zu hinterfragen, nicht einen ökologischen Wohlfahrtsstaat herbei zu sehnen, nicht Mobilität (auch Flüge) per se einzuschränken, sondern die verschiedenen Aspekte genau zu betrachten.
Verschiedene Grundbedürfnisse, ökologische Notwendigkeiten, soziale Gerechtigkeiten und menschenwürdige Lebensbedingungen gilt es auszuformulieren, abzuwägen und nicht zum Schaden anderer oder der Umwelt falsche Kompromisse zu schließen. Es ist eine hohe Kunst durch Inblicknahme aller Bedingungen einen guten Konsens auszuhandeln. Dies ist ein langer und komplizierter Prozess, der sich lohnt. Das verstärkte Sprechen über globale soziale Rechte, ist trotz der Beschränktheit von Rechten (denn sie richten sich wiederum an staatliche Institutionen und Institutionen des Global Governance) ein Versuch verschiedene Teilbereichsbewegungen (Migration, Arbeitskämpfe, Klima-Widerstand) aufeinander zu beziehen. Das Beziehen von Kämpfen ist wichtig, damit die Freiheit der einen nicht auf die Kosten der anderen oder der Natur aufbaut. Dies sind drei Felder bei denen wir Interventionsmöglichkeiten sehen, die über das was Umwelt-NGOs oder DIE GRÜNEN fordern hinausgeht und kapitalistische Logiken grundsätzlich offen legen und angreifen. Hier sehen wir Möglichkeiten an den Verhältnissen zu rütteln und einen Widerstand zu entwickeln, der, wenn wir denn die gesellschaftliche Kraft hätten, grundlegende Säulen des Kapitalismus angreift.

Wir sind gespannt auf eine Debatte in der radikalen Linken und hoffen, dass sich noch mehr Menschen und Gruppen hier einmischen. Wir sehen uns in Hamburg!

-six hills- (berlin)

www.gipfelsoli.org/Texte/Klima
www.klimacamp.org
www.camp08.antira.info
www.globale-soziale-rechte.de

Auswertung der Antifaschistischen Aktivitäten am 29.3.08 in Lübeck

Wir haben uns dazu entschlossen, diesen Tag noch einmal gründlich zu betrachten, weil es unserer Meinung nach einige Punkte gibt, an denen sich gut erkennen lässt, warum der Tag für die (autonome) antifaschistische Linke weit hinter den Erwartungen zurück geblieben ist. Dieser Text soll als solidarische Kritik verstanden werden. Wir erheben keinesfalls den Anspruch, die berühmte Weisheit mit den noch viel berühmteren Löffeln gefressen zu haben. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir Teile der Kritik, die wir in diesem Text äußern, auch an uns selbst richten.

Die Mobilisierung in Lübeck

Es gab im Vorfeld des 29.3. neben den typischen Aktivitäten wie diversen Infoveranstaltungen in Norddeutschland und Plakaten einige (kreative) Aktionen. Hervorzuheben ist hier die fast geglückte Blockade der Nazimahnwache zwei Wochen vor dem Aufmarsch in der Lübecker Innenstadt, zu der die Nazis nur intern mobilisierten. Trotzdem konnten innerhalb kürzester Zeit mehr als dreihundert AntifaschistInnen mobilisiert werden, die die Fußgängerzone an ihren beiden Hauptzugängen erfolgreich blockierten. Die Nazis blieben dadurch weitgehend unter sich. Die Bullen, die mit einem massiven Aufgebot inkl. BFE vor Ort waren, schützten die Nazis mit brutalen Knüppeleinsätzen und Pfefferspray. Eine weitere Aktion war ein sogenannter "Flashmob", der wenige Tage vor dem 29.3. inmitten der Lübecker Innenstadt stattfand. Etwa 40 jugendliche AntifaschistInnen erläuterten den PassantInnen mittels dieser unangemeldeten Aktion das Blockadekonzept, welches am 29.3. zum Einsatz kommen sollte. Darüberhinaus gab es schon im Vorfeld eine gute Zusammenarbeit mit den AnwohnerInnen aus dem Stadtteil St. Lorenz Süd. Diesen Stadtteil hatten sich die Nazis gemeinsam mit der Lübecker Versammlungsbehörde ausgesucht. Bei mehreren AnwohnerInnenversammlungen wurden die Menschen über den Naziaufmarsch wie auch über den zu erwartenden Ablauf des 29.3. aufgeklärt. Viele AnwohnerInnen zogen dann an dem Tag die Konsequenz, gegen den Aufmarsch mit vielfältigen Mitteln zu protestieren. Insgesamt konnte man also einigermaßen zuversichtlich in Richtung 29.3. blicken.

Die Mobilisierung in Hamburg

In Hamburg fanden im Vorfeld gleich zwei Infoveranstaltungen statt, die zusammengenommen relativ gut besucht waren. Insgesamt reichten diese quantitativ aber nicht an die der Vorjahre heran, was unserer Meinung nach v.a. daran gelegen haben mag, dass für die Infoveranstaltung in der Flora kaum mobilisiert wurde. Auch wurden beide Veranstaltungen nicht dazu genutzt (auch von uns nicht), ein Konzept für die Anreise aus Hamburg zu erarbeiten, vorzustellen und zu diskutieren. Dieser Fakt stellt für uns den größten Fehler in der Mobilisierung in Hamburg dar, denn seit einiger Zeit erfreuen sich die gemeinsamen Anreisen aus HH zu (antifaschistischen) Demonstrationen durchaus größerer Beliebtheit: Im letzten Jahr sind allein nach Lübeck schätzungsweise an die 400 Leute gefahren. Mit so vielen Leuten lässt sich gut was auf die Beine stellen. Außerdem gab es im Jahr 2007 ein einigermaßen erfolgreiches Konzept , den Nazis, die aus oder über Hamburg nach Lübeck fahren wollten, die Anreise erheblich zu erschweren. Insbesondere wegen der positiven Erfahrungen mit diesem Konzept fragen wir uns, warum dieses Konzept nicht (den Gegebenheiten angepasst) wiederholt wurde. Möglich wäre dies durchaus gewesen, da sich bereits im Vorfeld abzeichnete, dass wieder viele Leute nach Lübeck fahren würden. Es gab auch kein Konzept für das Verhalten bei der Ankunft im Lübecker Bahnhof, stattdessen haben wir uns von den Bullen im Wanderkessel zur angemeldeten Kundgebung zwingen lassen. Auch hätte, zumindest was die Anreise betrifft, eine Zusammenarbeit mit Gruppen aus anderen Städten erfolgen müssen (z.B. mit Antifas aus Kiel und dem nördlichen Schleswig-Holstein). Um es auf den Punkt zu bringen: Wir haben die Möglichkeiten, die wir an diesem Tag hatten, bei weitem nicht ausgenutzt!

Der Tag in Lübeck

Aufgrund des nicht vorhandenen Hamburger Konzepts hielten sich die meisten (Hamburger) Antifas am Kundgebungsort des Bündnisses "Wir können sie stoppen" vor dem Lübecker Holstentor auf. Wir halten den Ort der Kundgebung für sehr ungünstig, was sich letztlich an diesem Tag auch gezeigt hat. Von dort aus kommt man nur über 3 Brücken in den Stadtteil, da die Trave die Wallhalbinsel von St. Lorenz Süd trennt. Es war so für die Bullen äußerst einfach, den Weg vom Kundgebungsort in den Stadtteil dichtzumachen. Diese Tatsache war VertreterInnen des Bündnisses bekannt. Um die Blockaden zu durchbrechen, oder wenigstens zu umgehen, wurde auf das Block G8 Konzept in Heiligendamm zurückgegriffen. Mit Hilfe der "5 Finger-Taktik" (in Lübeck kamen nur drei "Finger" mit jeweils mehreren hundert Menschen zum Einsatz) wollte man nach St. Lorenz Süd gelangen. Wir bezweifeln allerdings, ob in Lübeck ernsthaft an den Erfolg einer solchen Taktik geglaubt wurde. Jede/r, der/die auch nur ein bisschen Erfahrung mit Durchbrüchen durch Polizeiketten hat, wird sich im Klaren über die Schwierigkeiten sein, fünfreihige Bullenketten samt Hamburger Gittern, quer gestellten Wannen und Wasserwerfern zu durchbrechen. Noch dazu, wenn diese auf Brücken postiert sind und man keine Möglichkeit hat, um diese Ketten herumzukommen. Letztendlich sehen wir dieses Konzept an diesem Tag als komplett gescheitert an. An keinem der drei Punkte, an deren die Bullenketten irgendwie überwunden werden sollten, hat dies auch nur ansatzweise geklappt. Nicht nur wir stellen uns die Frage, warum keine zweite Kundgebung direkt im Stadtteil, oder zumindest auf der anderen Seite der Trave angemeldet wurde. Warum hat das BAAN nicht auf der angemeldeten Demo im Viertel beharrt (Klagen)? So hätte auch eine reelle Chance bestanden, zum Naziaufmarsch zu gelangen. Wir vermuten, dass dies von einigen Gruppen innerhalb des Bündnisses nicht gewollt war, um stattdessen den symbolträchtigen Ort (Holstentorplatz) zu "besetzen". In den Jahren zuvor galt dies auch für uns als ein wichtiges Ziel, da dies ein strategisch günstiger Punkt ist, um zu verhindern, dass die Nazis in die Lübecker Innenstadt kommen. 2006 gelang das immerhin, 2007 verlief der Aufmarsch für die Nazis in keinster Weise zufriedenstellend, so dass die Nazis sehr dankbar für die (von der Lübecker Versammlungsbehörde) angebotene Alternativroute waren und diese auch gerne annahmen. Auch dies zeichnete sich bereits im Vorfeld des 29.3. ab. Spätestens hier hätte sich das Bündnis Alternativen überlegen müssen, ohne den Platz vor dem Holstentor aufzugeben. Die Tatsache, dass die Nazis aufgrund des antifaschistischen Widerstands die Innenstadt aufgaben, ist für uns nur ein Teilerfolg. Oberstes Ziel muss weiterhin sein, diesen und andere Naziaufmärsche möglichst zu verhindern. Das Kleingruppen-"Konzept", welches vom BAAN für diesen Tag als Option ins Spiel



gebracht wurde, stellt für uns eher eine Phrase, als ein tatsächliches Konzept dar (nach dem Motto: "Das wird schon irgendwie hinhauen"). Das genaue Gegenteil ist eingetreten. Die Chance, den Nazis kräftig die Suppe zu versalzen, wurde an diesem Tag verschenkt. Ein weiterer Kritikpunkt ist für uns das Verhalten einiger Personen und Gruppen im Bündnis. Um es gleich vorweg zu sagen: Wir sind zu solchen Anlässen wie dem Naziaufmarsch in Lübeck grundsätzlich für eine Zusammenarbeit mit Gruppen außerhalb des Autonomen/Linksradikalen Spektrums. Diese Zusammenarbeit wird aber spätestens dann fraglich, wenn die Basis eines Bündnisses- die Loyalität der Bündnispartner zueinander- gar nicht vorhanden ist. So fanden wir es zum Beispiel unerträglich, uns am Holstentorplatz die Rede eines Kirchenvertreters anhören zu müssen, in der u.a. den Bullen dafür gedankt wurde, "dass sie diese Kundgebung ermöglichen". Zynischer weise hatten die Bullen erst eine halbe Stunde zuvor einige Antifas auf dem Weg zur Kundgebung noch grundlos zusammengeknüppelt. Ganz zu schweigen von dem Hintergrund, was zwei Wochen zuvor bei der Nazimahnwache passiert war und im späteren Tagesverlauf an diesem 29.3. geschehen sollte.

Die "Krönung" dieser Farce folgte in einem morgens aufgenommenen Fernsehinterview (NDR): Der Lübecker Propst machte sich darin an erster Stelle mehr Sorgen um vermeintliche linke Krawallmacher an diesem Tag. Den bevorstehenden Naziaufmarsch erwähnte er lediglich nachrangig. Als Teil der radikalen Linken ist uns die Tatsache, wie man mit solchen Leuten oder Institutionen selbst in anlass bezogenen Bündnissen überhaupt koalieren kann, unverständlich!

Die Unterscheidung des Kundgebungsveranstalters zwischen vermeintlich "guten" Bullen (die Schleswig Holsteiner, bzw. Lübecker) und den "bösen" Bullen (die Berliner) halten wir für mehr als naiv und anbiedernd. Fakt war und ist, dass die Bullen gemäß ihrer Funktion den Nazis immer und überall reibungslose Aufmärsche versuchen zu ermöglichen, während sie an anderer Stelle AntifaschistInnen verletzen und/oder festnehmen. Das waren und sind keinesfalls nur olivgrüne BFE´s aus Berlin.

Nichtsdestotrotz…

… muss festgehalten werden, dass die Nazis mit ihrem Ziel, einen Aufmarsch durch die Lübecker Innenstadt durchzuführen, vorerst gescheitert sind. Allein diese Tatsache hat für einigen Unmut unter den Nazis gesorgt. Sie konnten auch nicht, anders als befürchtet, mehr TeilnehmerInnen als 2007 (ca. 350 Nazis) mobilisieren. Und auch wenn die meisten der ca. 2000 AntifaschistInnen nicht einmal nach St. Lorenz Süd gelangten: Völlig ungestört konnten die Nazis nicht marschieren. Neben vielfältigen (lauten) Aktionen der AnwohnerInnen im Stadtteil und einiger weniger Antifas schaffte es eine Sitzblockade von jungen Antifas und einigen Bürgern, die Nazis längere Zeit aufzuhalten. Den Nazis ist trotz aller Widrigkeiten klar gemacht worden, dass sie dort unerwünscht sind. Was wir ausdrüklich begrüßen ist, dass die Bullengewalt an diesem Tag nicht widerstandslos hingenommen wurde und sich teils militant gegen Übergriffe seitens der Bullen gewehrt wurde. Und ob die Hamburger Gitter wieder vom Grund der Trave geborgen werden können, bleibt dahingestellt. Auch die vom BAAN organisierte Antirepressionsdemo in Lübeck am darauffolgenden Tag, an der über hundert Menschen aus dem autonomen Antifaspektrum teilnahmen, schaffte es, die Bullengewalt vom 29.3. in der (Lübecker) Öffentlichkeit zum Thema zu machen. Es gab mehrere Medienberichte über die Demo und ihren Anlass. Gut ist auch, dass auf der Kundgebung am 29.3. vom Lauti aus dazu aufgefordert wurde, dokumentierte Bullengewalt den DemoveranstalterInnen zur Verfügung zu stellen. Wir sind sehr gespannt, zu welchen Ergebnissen dies letztendlich führen wird.

Wir kommen wieder - keine Frage…

Auch im Frühjahr 2009 wollen Nazis um den Lübecker Jörn Lemke wieder einen "Gedenkmarsch" durchführen. Und natürlich soll dieser Aufmarsch möglichst verhindert werden. Dabei ist es von Vorteil, wenn sich viele Menschen möglichst kreativ und entschlossen den Nazis in den Weg stellen. Jetzt in Verdrossenheit zu verfallen und zu sagen "Was soll ich in Lübeck, da geht sowieso nix", bringt uns nicht weiter. Ferner sollten wir uns als reisefreudige AntifaschistInnen überlegen, wie wir uns in die Vorbereitung der Aktionen gegen Naziaufmärsche in Lübeck und anderswo einbringen können.

WIR SEHEN UNS AM 1. MAI IN HAMBURG!

Autonome Linke [ALi],
Hamburg im April 2008

Kontakt:
autonome-linke@gmx.de
oder
ALi, c/o Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46,
20357 Hamburg

11880 - Ein Rückblick und ein Ausblick.
Nachbereitungspapier zu den antifaschistischen Aktionen im Herbst 2007 in Neumünster

Über Neumünster hört mensch normalerweise nicht viel Gutes. Das vielfältige und bekannte Naziproblem in Neumünster, ihre Strukturen wie der "Club 88", die Übergriffe aus den Kneipen Titanic und Holstenbörse auf BesucherInnen der AJZ, ein landesweit überdurchschnittliches Wählerpotenzial für die NPD etc., sind nach wie vor vorhanden. Der "Club 88" steht bei vielen Leuten als Synonym für die Stadt Neumünster, von antifaschistischer Arbeit und Widerstand hört mensch dagegen leider seltener. Dies soll allerdings kein einfaches Lippenbekenntnis gegen Nazis sein - es ist vielmehr eine Bestandsaufnahme eines akuten Problems...

Mit diesem Papier wollen wir die Ereignisse zum 11. "Club 88" Geburtstag am 29. September und zum darauf folgenden Naziaufmarsch am 24. November 2007 aus unserer Sicht erklären. Wir wissen, dass Neumünster längst nicht die einzige Stadt mit einem Naziproblem ist, es ist aber auf der anderen Seite auch ein Paradebeispiel dafür, wie es im allgemeinen im Moment um autonome Antifapraxis bestellt ist, wie undefiniert unsere Bündnispolitik ist und welche Probleme damit einhergehen. Unser Anliegen ist es daher auch unseren Arbeitsprozess so weit wie möglich transparent und für alle nachvollziehbar zu machen. Mit der Perspektive auch nächstes Mal weiterzumachen, den Nazis in Neumünster und dem "Club 88" die Suppe zu vermiesen, wollen wir unseren aktuellen Diskussionsstand vorstellen und einen weiteren Beitrag in die Debatte über antifaschistische Organisation und Praxis in Neumünster und Schleswig Holstein geben.
Aktivitäten gegen Nazis in Neumünster und gegen den "Club 88" im speziellen sind, wie wir in unserem Aufruf [1] zur antifaschistischen Demonstration am 29.9. bereits erklärten, schon immer vorhanden gewesen und immer von verschiedenen Gruppen und Bündnissen geprägt gewesen. Begonnen als eine Art Netzwerk, ist der Vorbereitungskreis zum 29.9 ein Zusammenhang aus Gruppen und Einzelpersonen der autonomen Antifa aus verschiedenen Städten Schleswig Holsteins, an dem natürlich auch die Antifa Neumünster beteiligt ist. Wir haben im Sommer 2007 zu den ersten Vorbereitungstreffen eingeladen, von denen einige wirklich gut besucht waren und bei denen verschiedene Gruppen ihre Teilnahme zugesagt haben. Mit den Erfahrungen der letzten Jahre im Hinterkopf haben wir uns zum Ziel gesetzt die Aktionen gegen den "Club 88" Geburtstag wieder größer zu machen, dass heißt wir wollten statt der bisher üblichen Praxis nur an der AJZ rumzuhängen, mit einem Festival auf dem Großflecken den Nazis wieder die gesamte Innenstadt als Freiraum nehmen. Gleichzeitig war es uns wichtig unsere eigene Sichtweise auf die Ereignisse und unsere eigenen Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen.
Es geht uns darum die autonomen Antifastrukturen auch und gerade in Neumünster zu stärken. Denn häufig sind es diese, also unsere Strukturen, die auch abseits von Großereignissen wie Naziaufmärschen kontinuierlich aktiv sind und vor Ort antifaschistisch arbeiten und den Nazis auf der Straße entgegentreten. Wegen der in unserem Aufruf [1] zum 29. September beschriebenen aktuellen Bündnissituation in Neumünster haben wir uns entschieden eine kämpferische und autonom organisierte Demo zu machen, denn es gab in der Vorbereitung einige Diskussionen über unsere Zusammenarbeit als autonome Antifa mit den bürgerlichen antifaschistischen Kräften. Es wurde scharfe Kritik an diesen formuliert und es war klar, dass wir keine Lust hatten uns an diesem Tag reinreden zu lassen. In den 11 Jahren in denen es den "Club 88" in Neumünster nun gibt, haben diverse Bündnisse Versuche gestartet gegen den "Club 88" vorzugehen. Meistens initiiert von Antifagruppen, gab es Beteiligung von Verbänden und Vereinen aus Neumünster, teilweise auch von bürgerlichen Parteien. Das Problem ist, dass diese Bemühungen auf der Basis eines gesellschaftlichen Konsens getragen wurden, der einzig und allein die Nazis als Problem darstellt. Rassismus wird abgelehnt, aber es wird ignoriert, dass Nazis nur in einem gesellschaftlichen Klima existieren können, dass ihnen die Grundlage dazu bietet. Für uns ist es unstrittig, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem als eine der entscheidenden Ursachen für die Existenz und das weitere erstarken von Nazis zu sehen ist. Zu der Frage, inwieweit eine antikapitalistische Weltanschauung der BündnispartnerInnen als Voraussetzung für antifaschistische Bündnisarbeit vorhanden sein muss, gibt es im Vorbereitungskreis unterschiedliche Meinungen.
Indiskutabel wird das ganze jedoch an dem Punkt, wenn bürgerliche Demonstrationen noch nicht einmal mehr gegen Nazis, sondern gegen "Gewalt und Extremismus" ausgerichtet sind, zumal es häufig vorkommt, dass in diesem Zusammenhang gegen "Extremismus" beider Seiten argumentiert wird, was natürlich absoluter Quatsch ist, da es emanzipatorisch und kritisch denkende Menschen mit Nazis und damit ihren Verbrechen gleichstellt. Diese "Extremismus"-These, die von vielen Funktionären der bürgerlichen Parteien vertreten wird, beinhaltet unter anderem auch, dass WiderstandskämpferInnen der NS-Zeit, die heute in der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten) organisiert sind, alljährlich in den Verfassungsschutzberichten erwähnt werden, und somit damalige KZ-Häftlinge mit Alt- und Neonazis, Opfer mit Tätern, auf eine Stufe gestellt werden.
Diese Sichtweise manifestierte sich seitens der Bürgerlichen in Neumünster immer wieder ganz praktisch. 2003 wurde der Antifa Neumünster auf der Demo gegen den Naziaufmarsch anlässlich der "Wehrmachtsausstellung" das Rederecht entzogen, da die bürgerlichen VertreterInnen im "Bündnis gegen Rechts" augenscheinlich beleidigt waren, weil der Antifa-Block die eigentliche Demospitze überholte, da sich die Grüne Angelika Beer dort medienwirksam präsentierte. Im Frühjahr 2006 distanzierte sich Ver.di nach der Demo gegen die Kneipe "Titanic" aufgrund von Rangeleien mit den Cops von der gesamten Demo, weil sie ihrem "Ansehen" geschadet habe. Der städtische "Runder Tisch für Toleranz und Demokratie" hatte im Herbst 2006 die gemeinsam geplanten Gegenaktivitäten gegen den 10. "Club 88" Geburtstag verhindert, in dem er sich inhaltlich gegen die Verwendung des Begriffes "antifaschistisch" wendete. Wen wundert's? Dies führte dazu, dass die "FreibadheldInnen" die Initiative ergriffen und eine kurzfristige Antifademo organisierten, was trotz oder auch wegen eines rotzigen Aufrufs immer noch besser als nichts war. Klar ist somit, dass es das "Bündnis gegen Rechts" als Schnittstelle zwischen bürgerlichen und autonomen AntifaschistInnen vor dem 29. September 2007 faktisch nicht mehr gab und nur noch von den Neumünsteraner Antifas am Leben erhalten wurde.
Wir kamen also zu dem Ergebnis, dass wir

2007 keinen Wert darauf legen eine inhaltlich verwaschene Bündnisdemo mit bürgerlichen Kräften in Neumünster zu machen, zumal wir immer wieder die Erfahrung machen mussten, dass solche Demos zusätzlich von bestimmten Leuten vereinnahmt werden, die damit gar nix am Hut haben (siehe oben). Dass es auch dieses mal wieder dazu kam, später mehr. Gleichzeitig haben aber die GenossInnen aus Neumünster gesagt, dass für sie eine komplette Aufgabe der Bündnisarbeit nicht in Frage kommt und ihr Ziel auch wieder der Aufbau neuer Bündnisstrukturen im Rahmen des "Bündnis gegen Rechts" ist. Dies kann allerdings nur auf Grundlage eines inhaltlichen Minimalkonsens geschehen, der nicht in die oben beschriebenen Denkmuster verfällt. Ein erster Schritt in diese Richtung scheint getan, da dass neue Bündnis an einer inhaltlichen Stellungsnahme arbeitet, die der "Kieler Erklärung" des Runden Tisch gegen Faschismus entnommen wurde, welche klare kapitalismuskritische Aussagen enthält.

Für den 29. September 2007 riefen wir also unter dem Motto "11880 - Keine Verbindung zur Nation! 11 Jahre Club 88 - 0 Toleranz für Nazistrukturen" zu einer autonomen Antifademo auf und organisierten für den Abend ein Festival auf dem Großflecken in der Innenstadt, bei dem mehrere Bands spielten. Hier waren stets einige hundert Menschen anwesend, die Nazis konnten sich so nicht ungestört in der Innenstadt bewegen. Dass zu der Demo am Mittag ungefähr 600 Menschen kamen hat uns gefreut. Leider hat das Wetter nicht mitgespielt, vielleicht wären wir sonst noch mehr gewesen. Wir sind auf einer relativ langen Route durch die Innenstadt gelaufen, vorbei an der Polizeiwache, wo es einen Redebeitrag über AnarchistInnen im Knast und einen der Antirepressionsgruppe 1. April aus Kiel gab. Andere Redebeiträge wendeten sich gegen den nationalistischen Alltag, gegen rassistische Abschiebepraxis und klärten über Nazistrukturen in Neumünster auf. Wir wollten eine Demo in der Innenstadt und nicht zum oder am "Club 88" vorbei, weil wir erstens eingeschätzt haben, dass wir noch nicht so viele werden, dass wir uns sicher vor Polizei und Nazis in Gadeland bewegen können und zweitens, weil wir unseren Schwerpunkt von vorneherein auf das Festival in der Innenstadt legten, bei dem die Demo enden sollte. Aber auch so waren die Bullen massiv präsent und provozierten immer wieder mit einzelnen Gewahrsamnahmen und der ständigen Filmerei.
Und damit wären wir bei einem Kritikpunkt unsererseits: Die Demokultur hier scheint mal wieder eine Auffrischung der Basics vertragen zu können, denn auf der Demo am 29.9. wurde nur sehr wenig in Ketten gelaufen, was es den Bullen leicht machte einzelne Leute raus zu greifen. Zudem waren viele TeilnehmerInnen stark alkoholisiert, warfen mit Bierflaschen zu unnötigen Zeitpunkten auf die Bullen oder auch einfach nur auf die Straße, so dass diese erstmal "sauber" gemacht werden musste damit der Lauti nicht durch Scherben fährt (solch ein Verhalten war leider nicht nur dort zu beobachten, auch auf anderen Demos bekommen die ersten Reihen in unschöner Regelmäßigkeit Flaschen, Böller und ähnliches in den Rücken geworfen). Zudem verstehen anscheinend viele Leute nicht warum solches Verhalten die Demo gefährdet. Probleme haben wir auch mit einigen Parolen. Als Reaktion auf die Bullenkameras ist "Kameramann Arschloch!" in Ordnung, in Neumünster war sie allerdings die lauteste und meistgerufene Parole überhaupt und wurde auch gegen Pressefotografen und sogar unsere eigenen Fotografen eingesetzt. Natürlich ist es richtig gegen Bullenkameras vorzugehen, aber wer auf eine Demo geht und sich nicht vermummt oder zumindest eine Sonnenbrille auf hat, muss damit rechnen, dass sie/er eventuell in den Medien zu sehen ist. Und wer sich angesichts solcher Anfeindungen gegenüber unseren Fotografen im nachhinein beschwert, dass keine Bilder auf Indymedia gepostet werden, hat da einiges nicht verstanden. "Ein Baum, ein Strick, ein Nazigenick" zu rufen trotzt jedem angeblichen Geschichtsbewusstsein und ist zudem höchst problematisch, da der Tod von Menschen gefordert wird. Diese Parole wurde von den Nazis gebraucht, nur dass es nicht "Nazigenick" sondern "Judengenick" hieß... Wir fordern jedeN auf gegen das Rufen dieser Parole auf unseren Demos zu intervenieren!

Das Festival war aufgrund des Wetters nicht mehr ganz so gut besucht wie die Demo, war aber trotzdem gut und wichtig. Es gab warmes Essen für die Leute und weitere Redebeiträge. Auffallend war, dass die Polizei am Rand massiv Kräfte zusammenzog und gegen Ende immer wieder einzelne Leute provozierte und mit Gewalt drohte. Erwähnenswert sind (leider) auch die verbalen Ausfälle des Rantanplan Sängers, "Ernst Röhm hat seinen SA-Männern in den Arsch gefickt". Diese wurden von vielen Anwesenden als schwulenfeindlich interpretiert und der Sänger wurde daraufhin angesprochen. Er wehrte ab und meinte das wäre nicht so. Auf einem Konzert in Kiel wiederholte der Sänger diese Ansage mit der Begründung, er wäre in Neumünster dafür angelabert worden und er dürfe das so sagen. Mittlerweile hat Rantanplan dazu auf www.myspace.com/rantanplan Stellung bezogen und sich gegen diese Interpretation gewehrt.

Wir danken allen die uns geholfen haben und besonders den GenossInnen, die gewährleistet haben dass es auf dem Festival nicht zu Zwischenfällen kam.
Wir denken wir können im großen und ganzen erstmal von einem guten Tag reden, an dem wieder viele Leute gegen die Nazis und den "Club 88" in Neumünster auf die Strasse gegangen sind und gegen Nationalismus und Rassismus demonstrierten. Die Berichterstattung über den 29. September in den bürgerlichen Medien war größtenteils "positiv", jedoch wurden unsere Inhalte und die Tatsache, dass es eine autonome Demo war, natürlich nicht dargestellt. Vielmehr stellte sich die grüne Kriegstreiberin Angelika Beer wieder medienwirksam in ihrem Wahlkreis Neumünster vor die Kameras und behauptete, die antifaschistische Demo initiiert und ein Zeichen für die Demokratie gesetzt zu haben. Wir weisen diese Vereinahmungsversuche zurück und stellen hiermit klar, dass Angelika Beer nichts mit der Aktion am 29.9. zu tun hatte und wir natürlich nicht mit ihr zusammenarbeiten wollen und dies auch nicht tun! Quasi als Nebeneffekt wurden erstmals in der Lokalpresse (Holsteiner Courier) die Kneipen Titanic und Holstenbörse als neue Nazitreffpunkte genannt. Das Bündnis gegen Rechts fand mit den Aktivitäten um den 29.9. zu neuer Aktivität - u.a. mit Öffentlichkeitsarbeit gegen eine von Klemens Otto mitorganisierte Fight-Night im Dezember 2007, sowie mit der oben erwähnten inhaltlichen Debatte um ein Grundsatzpapier. Erstmals gab es Protest gegen den "Club 88" Geburtstag, der auch Einfluss auf den Ablauf der Nazifeier hatte. Direkt dadurch, dass die Nazis aus der Innenstadt ferngehalten wurden und sich nicht wie in den vergangenen Jahren überall ausbreiten konnten und indirekt, dass durch die erreichte Öffentlichkeit Stadt und Bullen zu einem rigideren Vorgehen gegen die Nazifeier als in der Vergangenheit griffen [2]. Die Feier wurde ihnen von den Bullen vermiest und 30 Nazis wurden in Gewahrsam genommen, wo wir bei einem anderen viel diskutierten Thema wären.

Im Zusammenhang mit der Auflösung der Nazifeier haben wir uns viele Gedanken über den Umgang der Polizei mit den Nazis und unsere Bewertung dessen gemacht. Wir müssen eine Stelle unseres Aufrufs zum Naziaufmarsch korrigieren, in der es

heißt: "Die temporären Versuche von Polizei und Behörden Naziveranstaltungen und Demonstrationen zu behindern resultieren aus der gleichen Sichtweise, aus der auch gegen linke und antifaschistische Aktionen vorgegangen wird." Dies stimmt insofern nicht, weil wir erkennen müssen, dass der Staat die Nazis in Wirklichkeit oftmals an der langen Leine laufen lässt und ihnen nur dann dazwischenfunkt, wenn es irgendeinem Ansehen schadet. Die Fälle der mit Waffen und Drogen handelnden V-Männer in NRW und der vom LKA gefälschten Straftatenstatistik in Sachsen sind nur die Spitze des Eisberges und belegen die reale Vorgehensweise von Polizei, Justiz und Staat im Umgang mit Neonazis. Gegen sie wird eine Alibirepression angewandt, die nur dann zuschlägt wenn sie wirklich mal gefährlich oder dumm genug sind, dem "öffentlichen Interesse" in die Quere zu kommen. Auch bei uns im Vorbereitungskreis ist die Frage offen wie mensch den Nazis nun am Besten begegnet. Einige verweisen auf bestimmte Gesetze in der BRD die besagen, dass jegliche Naziorganisationen zu verbieten und aufzulösen sind, wie es die Kampagne "no npd" der VVN-BdA fordert. Andere sind der Meinung, dass staatliche Repression gegen egal wen von Grund auf nicht in unserem Interesse ist, keine Forderungen an den Staat gestellt werden sollten und antifaschistische Politik auch gegen den Staat gerichtet werden muss. Klar ist aber allen, dass der Staat sehr wohl zwischen "links" und "rechts" differenziert. Massenhafte Razzien gegen militante Neonazis gibt es äußerst selten. Den G8-Gipfel in Heiligendamm aber nahmen Polizei und Justiz zum Anlass tiefe Einblicke in Strukturen der radikalen Linken zu gewinnen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen durchzuführen - einen umfassenden Tritt in den Arsch der Pressefreiheit, der Meinungsfreiheit und des Briefgeheimnisses ganzer Stadtteile und Städte. Üble Folgen sind die laufenden §129(a) Verfahren und die damit verbundene Überwachung gegen verschiedene linke AktivistInnen und deren Umfeld, auch aus Schleswig Holstein, mit denen wir uns solidarisieren. Dass diese Verfahren mittlerweile vom BGH als teilweise rechtswidrig eingestuft wurden, ist dabei kein Trost für uns. Klar ist aber deswegen auch, dass wir weiterhin auch auf der Strasse antifaschistisch aktiv bleiben, weil wir wissen, dass es Nazis erst nicht mehr geben wird, wenn wir in einer aufgeklärten, emanzipatorischen und freien Gesellschaft, die wir jetzt nicht haben, leben. Der Weg dorthin und die aktuellen Methoden müssen weiter diskutiert werden.

Obwohl der Tag im Nachhinein größtenteils motiviert hat, haben wir es leider nicht geschafft uns in den Wochen danach zur Nachbereitung zu treffen. Als wir dies machen wollten, hatte uns schon die Nachricht erreicht, dass die Nazis eine sog. "Antirepressionsdemo" am 24. November 2007 planten. Auch wenn uns klar war, dass wir was unternehmen mussten, kamen wir nicht aus den Socken. Dann überschlugen sich die Ereignisse ein bisschen, als relativ schnell ein Aufruf zu einer Gegendemo von einem bürgerlichen Bündnis raus kam, an dem auch die Antifa Neumünster beteiligt war, die sich aber auch als Teil unseres Zusammenhanges versteht. Als UnterzeichnerInnen des Aufrufs traten aber auch die Jusos (SPD) und die Grünen auf. Einige im Vorbereitungskreis waren darüber angesichts der vorausgegangenen Diskussion ein wenig verwundert, da wir damit wieder die gleiche Situation hatten wie vor dem 29. September und sich auch diesmal an keiner inhaltlosen "Gegen Nazis"-Demo beteiligen wollten. Als großes Problem stelllte sich dabei die mangelnde interne Kommunikation unsererseits raus und damit waren wir in einer Situation die wir so nicht wollten, weil einige unseren Zusammmenhang als "gespalten" sahen. Wir haben uns dann zusammengesetzt und über die Situation diskutiert, herausgekommen ist dabei der Plan, die geplante Bündnisdemo und die angekündigte Blockade durch ein weiteres Aktionskonzept zu unterstützen. Wir haben dies in einem eigenen Aufruf [3] erklärt und zum 24.11. zu dezentralen Aktionen gegen den Naziaufmarsch aufgerufen.

Dass dies alles relativ kurzfristig geschah und somit unsere Handlungsfähigkeit extrem einschränkte, merkten wir leider am Ablauf des Tages. Zum Start der Bündnisdemo waren ca. 500 Menschen gekommen, unserer Einschätzung nach vor allem bürgerliche AntifaschistInnen und SchülerInnnen. In diesem Moment haben wir noch gehofft, dass damit das dezentrale Konzept angenommen wurde und viele Leute in der Stadt unterwegs waren. Auf der Auftaktkundgebung der Bündnisdemo hielt die Gruppe Zunder Kiel einen Redebeitrag unter anderem gegen die Vereinnahmung der antifaschistischen Aktionen in Neumünster und die Politik der Grünen Angelika Beer. Zeitgleich war die Situation in der Stadt leider so, dass es doch nur sehr wenige Zusammenhänge gab, die nicht an der Demo teilnahmen um schon währenddessen Richtung Naziroute zu kommen. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass wir unseren Aufruf erst relativ kurzfristig veröffentlichen konnten und so viele Leute davon nichts mitbekommen haben. Auch gab es am gleichen Tag in Mölln eine weitere autonome Antifademo in Gedenken an die Brandanschläge vor 15 Jahren, an der sich noch mal ca. 200 Antifas beteiligten. Die Situation in der Nähe der Naziroute war deshalb lange Zeit für die Cops sehr übersichtlich. Kleinere Gruppen Antifas wurden immer wieder vertrieben und die Nazis konnten sich ungehindert sammeln, wobei es auch eine größere Gruppe Nazis gab, die direkt nach dem Abmarsch der Bündnisdemo vom Bahnhof aus zu Fuß zum Sammelpunkt der Nazidemo ging. Die TeilnehmerInnen der Bündnisdemo konnten von der Polizei lange aus dem Aufmarschgebiet rausgehalten werden, die geplante Blockad kam nicht zustande. Die ca. 150 Nazis konnten nur einmal gestoppt werden, als ca. 60-70 AntifaschistInnen auf dem Sachsenring eine Sitzblockade machten. Diese Blockade ließ sich von den Bullen allerdings sehr schnell an die Seite drängen. Aus irgendeinem Grund ließen die Bullen die Nazis aber dennoch nicht die geplante Route laufen und leiteten sie in einer kleinen Runde einmal um den Rudolph-Weissmann-Platz rum. Das mag natürlich auch daran gelegen haben, dass mittlerweile mehr und mehr GegendemonstrantInnen in den Bereich gelangten, kann aber aufgrund der leider sehr wenigen und erfolglosen direkten Aktionen gegen die Nazis nicht als Hauptgrund gewertet werden. Als die Nazis dann wieder am Ausgangspunkt waren, wurde die Situation auf unserer Seite völlig chaotisch. KeineR wusste wo die Nazis genau waren und was überhaupt los war, hunderte AntifaschistInnen hielten sich im Bereich Großflecken auf und wussten nicht, was sie tun sollten. Hier stellte sich leider eine Panne unsererseits als großes Problem dar. Wir wollten zum 24.11. ein Infonetz aufbauen um die Leute mit den nötige Informationen zu versorgen. Dies ist im Vorfeld innerhalb unserer Strukturen an Verplantheit und personellen wie technischen Schwierigkeiten erst kurz vorher gescheitert. Wir denken, dass dieses Infonetz im Nachhinein die Situation für uns und alle Anderen in Neumünster erheblich verbesssert hätte. Zu dem ganzen Desaster kam hinzu, dass die Nazis es schafften in dem Moment wo schon viele Antifas auf dem Heimweg waren, eine Spontandemo vom Rudolph-Weissmann-Platz zum Bahnhof durchzusetzen. Hierbei kam es zwar noch vereinzelt zu Auseinandersetzungen zwischen Bullen, Nazis und Antifas (bei denen der frisch aus dem Knast entlassene Neumünsteraner Nazikader Peter Borchert gleich wieder festgenommen wurde), doch sie konnten hier trotzdem relativ ungestört zum Bahnhof marschieren. Die Nazis feiern natürlich auch gerade wegen dieser Spont-



andemo, in Schleswig-Holstein für sie eher ungewohnt, den Tag als großen Erfolg. Auf unserer Seite gab es ca. 300 Platzverweise, 25 Gewahrsamnahmen und 5 vorläufige Festnahmen durch die Bullen, von denen alle am gleichen Abend wieder raus kamen. Im Nachhinein haben wir Gerüchte gehört, dass an diesem Tag als Antifas getarnte Nazis umherlaufende Gruppen von GegendemonstrantInnen "angeführt" haben sollen und sie so bewusst in falsche Richtungen, einmal sogar wohl in eine Bullenkontrolle geführt haben. Inwieweit das stimmt, könnnen wir allerdings nicht sagen. Sollte das jedoch stimmen, stellt dies ein neues Problem dar mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, zumal sich solche Gruppen eigentlich auch nicht "lenken" lassen sollten... [4]

Die Bullen konnten sich also freuen mal wieder relativ erfolgreich und ohne große Probleme für den Schutz der Nazidemo gesorgt zu haben. An die 150 Nazis aus Schleswig-Holstein, Hamburg und anderen Bundesländern marschierten somit fast störungsfrei durch Neumünster und demonstrierten "gegen staatliche Repression" und für den "Club 88". Sicherlich taten die Bullen einen großen Teil dazu bei, doch wir müssen auch selber sehen, dass wir es nicht geschafft haben genug AntifaschistInnen in das Aufmarschgebiet zu bekommen um die Nazidemo zu stoppen. Das lag auch daran, dass die Bündnisdemo zwar den Plan hatte die Naziroute zu blockieren, die Route dieser Demo aber wie erwartet von der Stadt verboten und geändert wurde. Der Endpunkt der Bündnisdemo war zu weit weg von der Naziroute, ein durchkommen war nicht möglich und es war für die Bullen relativ leicht die DemoteilnehmerInnen zu kontrollieren. Wir halten es nach wie vor für richtig bei Naziaufmärschen neben den obligatorischen Gegendemos (mal ganz abgesehen von politischen Differenzen) immmer zu dezentralen Aktionen aufzurufen und diese zu planen, um ein möglichst efffektives und direktes Vorgehen von Vielen gegen die Nazis zu erreichen.

Um unserem Anspruch, der Stärkung regionaler Antifastrukturen in Neumünster, gerecht zu werden, werden wir in Zukunft weiter versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten kontinuierlich in Neumünster zu arbeiten. Parallel werden wir rechtzeitig mit der Planung antifaschistischer Aktivitäten zum möglichen 12. Geburtstag des "Club 88" beginnen. Hierbei sehen wir eine Zusammenarbeit mit dem neuen "Bündnis gegen Rechts" als durchaus erstrebenswert an, solange ein solidarischer und fairer Umgang miteinander und eine inhaltliche Grundlage gewährleistet sind.

Wir wollen erreichen, dass Aktivitäten von Nazis und dem "Club 88" jedes Mal antifaschistisch beantwortet werden, wir wollen die bedeutenden "Club 88"-Geburtstagsfeiern nicht ungestört ablaufen lassen und in nicht allzu ferner Zukunft dazu in der Lage sein, solche Aktivitäten auch komplett zu verhindern. Wir denken, dass aufgrund der Bedeutung die der "Club 88" für die norddeutsche und bundesweite Naziszene leider hat, dies auch weiterhin ein kontinuierliches Thema für die autonome Antifa in Schleswig-Holstein sein sollte. Wir werden voraussichtlich als speziell auf Neumünster fokussierter Vorbereitungskreis so nicht weitermachen, sondern in dem überregional organisierten BAAN (Bündnis Autonomer Antifas Nord / www.baanord.tk) aufgehen und dort weiterarbeiten. Denn Neumünster ist nicht die einzige Stadt die ein Problem mit Nazis hat, und Nazis sind nicht das einzige Problem das wir bekämpfen. Uns geht's ums Ganze, um die Überwindung des Kapitalismus und aller anderen Unterdrückungsverhältnisse, dafür streiten wir nicht nur in Neumünster sondern überall dort, wo wir es für wichtig halten.

Also heißt es auch weiterhin:
Club 88 dichtmachen - sofort!
Naziveranstaltungen verhindern - zusammmen - mit allen Mitteln!
Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen - immer und überall!
Für eine antifaschistische Gegenkultur!

Vorbereitungskreis 29.9.
(Februar 2008)

DOKUMENTATION:

Pressemitteilung zu militanten Aktionen gegen Nazikader am 20.-21.4.2008 in Hamburg

Naziaufmarsch am 1.Mai verhindern - Barmbek dichtmachen

Am ersten Mai 2008 werden NPD, Junge Nationaldemokraten und das "Kameradschaftsspektrum" versuchen, einen bundesweiten Naziaufmarsch in Hamburg Barmbek durchzuführen. 10 Tage vorher haben wir an den Wohnorten von Führungspersonen der Hamburger Naziszene Scheiben eingeworfen, Farbe aufgelegt und das eine oder andere Kraftfahrzeug abgebrannt. Betroffen waren:
- Jürgen Rieger, Auguste-Baur-Strasse 22, Drahtzieher in braunen Netzwerken, NPD Landesvorsitzender in Hamburg, als Redener am 1.Mai vorgesehen.
- Gisa Pahl, Dahlengrund 55e, zentrale Person im "Deutschen Rechtsbüro", Herausgeberin von Rechthilfebroschüren, zuständig für rechtliche Beratung und Unterstützung von militanten Nazis.
- Karl Heinrich Göbel, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, Hartje-Reiter-Weg 57
- Ulrich Harder, Rehhoffstr.9, langjähriger NPD vorsitzender Hamburgs
- Dirk Schermer, Poppenbüttler Landstrr.107, beteiligt an NPD Infoständen und Demos der letzten Jahre
- Jan-Steffen und Peggy Holthusen, Helma-Steinbachweg 8c, ehemals organisiert im Bramfelder bzw. Hamburger Sturm, beteiligt am Club 88 in Neumünster

Diese Aktionen sollen den Druck auf die Nazis erhöhen, sie in ihrer Nachbarschaft outen und die Wohnorte für weitere Initiativen markieren. Sie sind eine Kampfansage für den 1.Mai.

Mehr als fünfzehn Jahre versuchen Neonazis in der BRD den 1. Mai, den traditionellen Kampftag linker Bewegungen auf der ganzen Welt für Emanzipation, für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung für sich zu besetzen. Neben regelmäßigen Aktivitäten zur Verherrlichung des Nationalsozialismus (wie z.B. "Hessgedenken", Dresden, etc.) möchten sie diesen Tag mit sozialrevolutionärer Pose in ihren Kalender einschreiben. Nach anfänglichen schwachen Versuchen mit nur einigen hundeert Teilnehmer_innen, kommt es seit dem 1.05.1998 in Leipzig jährlich zu Aufmärschen tausender Nazis am 1.Mai. Antifaschistischer Widerstand gegen diese Manifestationen war nicht immer erfolgreich. Aber immer dann, wenn viele Menschen mit unterschiedlichsten Mitteln die Demonstrationsrouten besetzten, die anvisierten Aufmarschstadtteile zu Orten kämpferischen antifaschistischen Engagements machten, erlitten die Nazis so manche Niederlage, mussten sie ihre Aufmärsche abbrechen bzw. konnten sie nicht durchführen. Als Beispiel seien genannt der 1.Mai 1998 und 2005 in Leipzig, Frankfurt 2001 und Berlin 2004. 2008 werden Antifaschist_innen den Stadtteil Barmbek zumachen und sich den Nazis entschieden entgegenstellen - ob nun mit Barrikaden, Strassenblockaden, ob mit den Rhythmen antifaschistischer Musik, wütenden Parolen oder prasselnden Steinen - NO PASARAN -

Wir sind ganz zuversichtlich, dass dies gelingen wird, zumal dankenswerterweise die sozialrevolutionäre 1.Mai Demo auf den Vorabend verlegt worden ist und auch die Maydayzusammenhänge nach Barmbek mobilisieren. Zeitlich gibt es also keine Konkurrenzevents aus dem undogmatischen linken Lager. Die freundliche Unterstützung von Genoss_innen aus anderen Städten wird unsere Kampfkraft zusätzlich erhöhen.

Der Hamburger DGB macht mit seiner Entscheidung, seine 1.Mai Demo nicht wie ursprünglich geplant in Barmbek zu machen, sondern sie nun nach St. Pauli zu führen deutlich, dass der DGB den Naziaufmarsch nicht verhindern will. Die vom DGB initiierte Unterschriftensammlung gegen die Nazidemo und das in St. Pauli geplante antifaschistische Kulturprogramm werden als Kampfmaßnahmen gegen den Aufmarsch niemanden überzeugen. Gut, dass die DGB Jugend dieses Spaltungsspiel nicht mitmacht und auch nach Barmbek mobilisiert.

Der Polizeieinsatz am 1.05. wird als eine erste Bewährungsprobe des sich wenig später konstituierenden schwarz-grünen Senats zu bewerten sein. Angesichts der Person des jetzigen und künftigen Innensenator Nagel, dessen Amtszeit sich durch das polizeiliche Durchprügeln und Durchsetzen von Nazidemos und Nazikonzerten auszeichnet, machen wir uns über den Charakter des Einsatzes keine Illusionen.

Aber Bangemachen gilt nicht, der 1.Mai ist unser Tag.

- Kein Naziaufmarsch in Barmbek, Nürnberg und anderswo!
- Freiheit für Andrea, Christian und Natalja, die in Berlin und München im Knast sitzen u.a. wegen antifaschistischer und antikapitalistischer Praxis am 1.Mai

Militante Kooperationen zur Verhinderung des Naziaufmarsches am 01.05.08

Hamburg out of Control

Heftigste Krawalle seit 30 Jahren in Hamburg, mehrere Tausend Menschen protestieren, dennoch prügelt Polizei Naziaufmarsch bis zum Ende durch...

Bereits im Vorfeld wurde in der eher konservativen Presse getitelt, dass der 1. Mai in Hamburg zur Bewährungsprobe für die neue schwarz-grüne Koalition wird. Die Grünen gingen jedoch weitestgehend auf Tauchstation. Während sich lokal in Barmbek in einem spektrenübergreifenden Bündnis mit Anwohnern, Geschäftsleuten, Gewerkschaftlern, Linkspartei und linken Initiativen auch lokale grüne Bezirkspolitiker engagierten, war von den Landespolitikern wenig zu hören. Nachdem Gewerbetreibende rund um die Fuhlsbütteler Straße erklärten auch am 1. Mai ihre Geschäfte und Cafés zu öffnen und sich auch viele Anwohnerinnen gegen den Naziaufmarsch stark machten, kassierte das Oberverwaltungsgericht die Entscheidung der Hamburger Polizei alle Protestveranstaltungen in Hamburg-Barmbek zu verbieten. Das OVG sah es angesichts des Engagements von Anwohnerinitiativen als unverhältnismäßig an, die Proteste gegen den Naziaufmarsch in Barmbek zu verbieten und die Bündnisdemonstration in die Trabantenstadt Steilshoop zu verlegen.

Wie groß der Unwillen in Barmbek über den Naziaufmarsch war, schlug sich dann auch in den Teilnehmerzahlen der Protestveranstaltungen nieder. Auf dem "warm-up"-Konzert gegen den Naziaufmarsch am Vorabend fanden sich bereits 5000 Menschen ein. An der Bündnisdemonstration am 1.Mai nah-

men dann etwa 8000 Menschen teil. Zusätzlich waren viele auf eigene Faust in Barmbek unterwegs, oder besuchten andere Protestveranstaltungen, wie z.B. das Bürgerfest mit Infopunkt an der Saarlandstraße. Dass es für die Polizei nicht einfach werden würde, zeigte sich gleich zu Beginn, als der S-Bahnverkehr der Linie S1 wegen brennenden Barrikaden auf den Gleisen zum erliegen kam. Weiterhin bauten Kleingruppen von Anfang an immer wieder Barrikaden im Stadtviertel, auch ein Reifenlager wurde in Brand gesetzt. Die Feuerwehr kam irgendwann nicht mehr hinterher. Im Verlauf des Tages bildeten sich rund um den S-Bahnhof Alte Wöhrl dem Sammelpunkt der Nazis immer wieder Blockaden. Der Sammelplatz der Nazis selbst wurde von der Polizei mit Gewalt frei geräumt. Nachdem ringsum alle Straßen durch Menschenansammlungen und Sitzblockaden dicht waren, hätte es für die Polizei die erste Gelegenheit gegeben, das ganze abzublasen. Stattdessen gab es massive Wasserwerfereinsätze gegen alles und jeden der irgendwie im Wege stand, das traf "Autonome" und "Bürger" gleichermaßen. Die Demoleitung der Bündnisdemonstration sah sich deshalb genötigt, die Demonstration aufzulösen, da sie die dadurch entstehende Gefährdung der Teilnehmer nicht weiter verantworten wollte. Die Kreuzung an der die Demonstration mit mehreren Tausend Menschen gerade stand, wurde von der Polizei dann auch sofort mit masssiver Gewalt geräumt. Wie sich dann heraus stellte, lag diese auf der Alternativroute der Nazis an dem Tag. Während die Polizei alles daran setzte den Nazis den Weg frei zu machen, waren an den Nazis selbst kaum Polizeikräfte vorhanden. Was die Nazi auch reichlich nutzten um Menschen am Rande der Ansammlung und später am Rande des Aufmarschs anzugreifen. Nur mit Mühe konnte die Nazis überhaupt in ihrem Aufmarsch gehalten werden. Selbst Journalisten (z.B. vom NDR) und Fotografen wurden angegriffen. Nachdem klar wurde, dass die Hamburger Polizei wieder mal bereit war, den Naziaufmarsch um jeden Preis durchzuprügeln, eskalierte die Lage weiter. Auf der Naziroute waren die Wasserwerfer im Dauereinsatz immer wieder wurden brennende Barrikaden errichtet, auch die Polizei selbst wurde angegriffen, ein Streifenwagen brannte aus, ein anderer wurde umgeworfen. Eine Spontandemonstration mit etwa 3000 Menschen auch der Fuhlsbüttelerstraße konnte erst kurz vor dem S-Bahhof Ohlsdorf dem Endpunkt der Naziroute mit mehreren Wasserwerfern gestoppt werden. Auf die Nazis selbst flogen Wasserbomben und Steine und als die Nazis am S-Bahnhof Ohlsdorf ankamen, kam es kurz zu einer Straßenschlacht zwischen Antifas und Nazis, bei der von beiden Seiten Steine flogen. Die Endkundgebung der Nazis wurde dann relativ schnell abgebrochen, als Jürgen Rieger die erste Strophe des Deutschlandliedes anstimmte. Die Polizei versuchte diesen daraufhin festzunehmen, scheiterte aber am Widerstand der Nazis, die sich mit der Polizei eine handfeste Schlägerei lieferten. Mit massiven Pfefferspray-Einsatz gelang es der Polizei dann, die Nazis in den S-Bahnhof zu drängen. Während der Abreise (die sich für einige Nazis schwierig gestaltete, da alle Busse mit denen Nazis angereisten, entweder kaputt oder einfach ohne die Nazis wieder abgefahren waren) kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen, wie z.B. am U-Bahnhof Sengelmannstraße als 100 Nazis aus einer U-Bahn heraus am Bahnsteig wartende Antifas angriffen. Erst durch den Einsatz von 4 Hundertschaften bekam die Polizei die Lage am Bahnhof in den Griff.



Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Hamburger Polizei den Naziaufmarsch mit etwa 1000 Nazis gegen den Widerstand von 10.000 Menschen in Hamburg-Barmbek durchprügelte. Der scheidende Hamburger Innensenator Udo Nagel, macht jetzt in der Presse das Oberverwaltungsgericht für das ausufernde Chaos und die Krawalle in Barmbek verantwortlich, weil dieses die räumliche Trennung der Demonstrationen und Proteste aufgehoben hat. Wenn es nach Herrn Nagel geht, haben Anwohner einen Naziaufmarsch vor ihrer Haustür gefälligst hinzunehmen, und wenn sie dagegen protestieren wollen, dann sollen sie das im Nachbarbezirk machen... Es gab für die Polizei mehrfach die Möglichkeit die Sache friedlich zu beenden, nachdem alle umliegenden Straßen am S-Bahnhof Alte Wöhrl von mehreren Tausend Menschen blockier waren, hätte der Naziaufmarsch bereits abgesagt werden können. Eine weitere Gelegenheit gab es, als die Nazidemonstration am S-Bahnhof Rübenkamp vorbei kam. Dass dies nicht geschah, und das obwohl die Polizei ganz offensichtlich die Lage in Barmbek und vor allem Naziaufmarsch selbst kaum bis gar nicht im Griff hatte, muss mit politischem Kalkül zusammen hängen. Für die Krawalle sind nicht diejenigen verantwortlich die Anwohnern das Protestieren in ihrem Bezirk erlauben, sondern diejenigen die entscheiden, dass ein Naziaufmarsch um jeden Preis in durchgesetzt werden muss. Der Herr Nagel hat sich mit seinem Abschiedsgeschenk an die Nazis noch mal richtig in Szene gesetzt und konnte sein politisches Süppchen kochen, auf dem Rücken der Menschen, gegen die der Naziaufmarsch durchgeprügelt werden musste, irgendwie auch auf dem Rücken von einzelnen Beamten, die teilweise auch keine Lust darauf hatten, und in einigen Situationen völlig allein gelassen und überfordert waren. (Das ist nicht als Generalabsolution zu verstehen.). Mit dem Austausch des parteilosen Udo Nagel gegen den CDU-Politiker Christoph Ahlhaus als Innensenator ist leider nicht zu erwarten, dass sich die Bereitschaft in der Führungsebene der Hamburger Polizei Naziaufmärsche um jeden Preis durchzusetzen, für die sie berüchtigt und bei den Nazis beliebt sind, ändern wird. Jedoch war der politische Preis durch das Engagement der Anwohner vor Ort für das Oberveraltungsgericht bereits zu hoch. Das ist immerhin ein Anfang.

Bad Kleinen: Naziüberfall nach Demo in HH

Als sich um 18.30 Uhr circa 30 bis 40 Antifas von der Demo aus Hamburg mit dem RE in Richtung Rostock auf den Weg machten, kam es im Bahnhof Bad Kleinen zu einem massiven und gewalttätigen Überfall durch circa 60 bis 70 autonome Nationalisten.
Als der Zug im Bahnhof einrollte, sah man sofort vereinzelte Gruppen von Faschisten, bis schnell klar wurde, dass es sich hierbei um eine geplante Verteilung über den gesamten Bahnsteig handelte. Wir Antifas saßen in kleineren Grüppchen im Zug verteilt. Kaum kam der Zug zum Stehen drangen die Faschisten in die Abteile ein und schlugen sofort und ohne Rücksicht mit erschreckender Brutalität auf die darin sitzenden Antifaschisten ein, auch wurden Flaschen gezielt auf die Personen geworfen. Besonders, wenn nicht sogar ausschließlich betroffen war der 1. Waggon, in dem sich ca. 20 Antifas (bis dahin gutgelaunt) aufhielten. In sekundenschnelle drangen die Faschos durch beide Türen ein und schlugen von beiden Seiten auf eine eingekesselte Gruppe ein. Einzelne Antifaschisten versuchten aus dem Zug in Richtung Kleingärten zu fliehen. Der restliche Teil flüchtete sich in die obere Etage des 1. Abteils, wurde aber auch dorthin von den Faschisten verfolgt und aus nächster Nähe mit Flaschen und Fäusten massiv attackiert. Auch Antifaschisten aus anderen Abteilen wurden geschlagen und am Verlassen des Abteils gehindert.

Bilanz:
Mehrere, z.T. erheblich verletzte Antifaschisten und das Restrisiko bis zum Bahnhof Rostock, da die Faschisten ab Bad Kleinen nun auch im Zug mitfahren konnten, nun aber begleitet von circa 10 Polizisten. Am Bahnhof Rostock wurden die Faschos zuerst aus dem Zug geleitet, während die Antifas erst nach circa 20 minütigem Warten auf dem Bahnsteig den Bahnhof verlassen konnten.



Pressemitteilung der Anti-Nazi-Koordination Kiel (03.05.2008)

Am Sa., 03. Mai 2008 fand im Kieler Stadtteil Gaarden am frühen Nachmittag bei bestem Wetter und ausgelassener Stimmung eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto "Aktiv gegen Nazis in Gaarden und anderswo! Weg mit allen Naziwohnungen. Für ein solidarisches Miteinander aller Menschen." statt, die von der "Anti-Nazi-Koordination Kiel" organisiert wurde. An der Demo nahmen zeitweise 700 Menschen teil und sie setzte sich aus unterschiedlichen Spektren zusammen. So beteiligten sich neben zahlreichen Gaardener AnwohnerInnen und Kieler AntifaschistInnen auch MigrantInnenorganisationen sowie autonome Antifas aus ganz Schleswig-Holstein und Hamburg an der Veranstaltung.
Der Zug bewegte sich nach einer Auftaktkundgebung in türkischer und deutscher Sprache vom Alfons-Jonas-Platz durch den gesamten Stadtteil und löste sich mit einer Abschlusskundgebung auf dem Vinetaplatz auf.
In Sichtweite eines Hauses in der Preetzer Str., in dem bis vor knapp zwei Wochen die NPD-Kommunalwahlkandidaten Nils Hollm und Thomas Krüger wohnten und das Anlass und Ausgangspunkt zahlreicher Konflikte zwischen AntifaschistInnen und Neonazis war, deren Höhepunkt das Wochenende um den Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April war, wurde eine Zwischenkundgebung abgehalten. In verschiedenen Redebeiträgen wurde darauf hingewiesen, dass noch immer viele Neonazis in Gaarden leben, darunter auch eine weitere NPD-Kandidatin. Außerdem wurde dazu aufgefordert, sich in antifaschistischen Zusammenhängen zu organisieren und den Widerstand gegen Rassismus, Nationalismus und die Aktivität der Naziszene im ganzen Stadtgebiet und darüber hinaus fortzusetzen.
Hintergrund der Aktion war das ungewöhnlich offensive Auftreten Kieler Neonazis in den vergangenen Wochen. So wurden in der Woche vom 16.-22. April vor allem gegen linke und alternative Projekte und Läden nächtliche Angriffe durch Neonazis verübt und lokale AntifaschistInnen beobachten eine verstärkte Präsenz von Neonazis auf Kieler Straßen und eine Zunahme rechter Übergriffe. Kieler AntifaschistInnen reagierten darauf mit vielfältigen Aktionen, die bisher zumindest den Auszug der NPD-Kandidaten aus der Preetzer Str. bewirken konnten.
Die heutige Demo verstand sich als Teil einer angelaufenen unabhängigen Öffentlichkeitskampagne Kieler AntifaschistInnen. Diese war nötig geworden, nachdem über die jüngsten Ereignisse in den lokalen Medien auf anraten von Polizei und Staatsanwaltschaft bisher weitestgehend nicht berichtet wurde.
Als positiv bewerteten die VeranstalterInnen auch die zahlreichen zustimmenden Gesten von PassantInnen und aus Wohnungen am Rande der Demoroute.
Julia Schmidt von der Anti-Nazi-Koordination Kiel: "Die höchsterfreuliche Resonanz trotz des recht kurzen Mobilisierungszeitraums und vor allem die Breite des TeilnehmerInnenspektrums hat unmissverständlich klar gemacht: Es handelt sich bei den Ereignissen der vergangenen Wochen auf Kiels Straßen keinesfalls um so etwas wie einen Bandenkrieg, wie es die Polizei dreist behauptet. Vielmehr sind ganz offensichtlich viele unterschiedliche Menschen ob der erstarkenden Naziszene in Kiel empört und bereit, sich diesen Entwicklungen entschlossen entgegenzustellen. Wir alle wissen, dass das Totschweigen der Naziproblematik die Nazis immer weiter erstarken lässt und nur die selbstbewusste politische Auseinandersetzung auf verschiedenen Ebenen eine angemessene Antwort sein kann. Dies werden nach dem heutigen gemeinsamen symbolischen Ausdruck dieser Überzeugung von hunderten Menschen hoffentlich auch die lokalen MedienvertreterInnen nachvollziehen können. Wir denken, dass sie sich nun endlich über die Nachrichtensperre der Kieler Polizei und Staatsanwaltschaft hinwegsetzen."
Auch für die nächsten Wochen kündigen AntifaschistInnen eine weitere Thematisierung von Kiels Naziproblem an. Neben dem Widerstand gegen die zu erwartende nationalsozialistische Hetze im Zuge des angelaufenen NPD-Wahlkampfes, soll u.a. eine weitere antifaschistische Demonstration in Kiel stattfinden, die für den 24. Mai in angekündigt ist.

Aufruf der Flüchtlinge in Katzhütte:

Wir wollen in normalen Häusern wohnen und nicht in Baracken!

Wir, die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Katzhütte, bitten um Solidarität und Unterstützung!
Wir wollen in normalen Häusern wohnen und nicht in Baracken!

Wir, die Asylbewerber, die in dem Flüchtlingsheim Katzhütte leben, teilen mit, dass wir unter den äußerst miserablen Zuständen in unserem Flüchtlingsheim sehr leiden und deshalb entschieden haben, auf verschiedenste Art und Weise zu protestieren, um das Camp aus den folgenden Gründen zu schließen:

Wir, das sind um die 35-40 Einzelpersonen (jung und alt) und mehrere Familien aus aller Welt, die völlig isoliert ohne jeglichen Kontakt zur deutschen Gesellschaft in einer Gemeinschaftsunterkunft in Katzhütte leben. Katzhütte ist ein kleines Dorf im Thürimger Wald, 1h30 Minuten mit dem Zug entfernt von Saalfeld.
Wir und unsere Kinder werden hier wie Kriminelle behandelt, obwohl wir keine sind. Wir leben wie in einem Gefängnis weggesperrt, nur weil wir Asylbewerber sind.

Von 17 - bis 8 Uhr stellt die Heimleitung uns das warme Wasser für die Dusche ab und nach 16 Uhr dürfen wir die Gemeinschaftsküche nicht mehr benutzen. Wir bekommen von der Heimleitung weder Seife noch Toilettenpapier, obwohl sie verpflichtet wäre, es uns auszuhändigen.
Unsere Schlafräume befinden sich in einem sehr schlechten Zustand. Es sind alte heruntergekommmene Hütten, gebaut aus Karton und Faserplatten. In den Hütten riecht es muffig, weil die Wände angeschimmelt sind. Wir haben Angst, dass sich das auf unsere Gesundheit auswirkt.

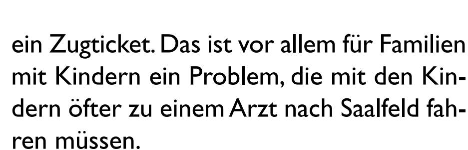


In Katzhütte gibt es für uns keine Möglichkeit, einen Deutschkurs zu besuchen bzw. anderweitig die deutsche Sprache zu erlernen. Deshalb sprechen die meisten von uns kein Wort deutsch. So brauchen wir immer irgend jemanden, der uns die Briefe von der Ausländerbehörde oder dem Doktor übersetzt.

Seit Januar 2008 bekommen wir unsere Sozialhilfe nur noch in Form von Gutscheinen ausgehändigt. Wir bekommen gar kein Bargeld mehr und die monatliche Summe wird nicht auf einmal ausgezahlt. Mit den Gutscheinen können wir nur in einem bestimmten Supermarkt Lebensmittel einkaufen. Dieser Supermarkt gehört der Tegut Kette an und ist einer der teuersten Supermärkte von Deutschland, so dass unsere Sozialhilfe meist nur für eine Woche reciht.



Um uns aus Katzhütte weg zu bewegen, müssen wir einen Urlaubsschein bei der Ausländerbehörde in Saalfeld beantragen. Das Zugticket um nach Saalfeld zu fahren müssen wie selber bezahlen. Da wir aber für die Gutscheinen ausschließlich Lebensmittel bekommen, haben wir kein Geld für


ein Zugticket. Das ist vor allem für Familien mit Kindern ein Problem, die mit den Kindern öfter zu einem Arzt nach Saalfeld fahren müssen.

Um uns zu duschen müssen wir ca. 300 Meter durch die Kälte laufen, so dass viele Kinder und alte Menschen kontinuierlich krank sind (Katzhütte befindet sich in den Bergen, der Winter ist lang, die Temperaturen sind oft unter 0° mit Schnee).

Wir leiden außerdem unter der Art und Weise, wie wir von der Heimleiterin behandelt werden. Sie schreit uns oft an und bestraft uns kollektiv, indem sie das Wassser in der Küche abstellt, den Kühlschrank oder den Elektrokocher konfisziert oder die Gemeinschaftsküche abschließt.

Wir wollen ein Ende von diesem Leben voller Schikanen und psychischer Folter!
Wir wollen in normalen Häudern leben und nicht in Baracken!
Wir wollen diese miserable Heim schließen!
Wir rufen euch auf, uns zu unterstützen in unserem Kampf um unsere Würde!
Wir bitten euch um eure Solidarität!!

Die Bewohener_innen
der G.U. katzhütte

Diskussionspapier zur Debatte um Klimawandel, KlimaAktionsCamp

und warum sich die radikale Linke da einmischen sollte (Teil II)

Mit ökologischen, dezentralen Konzepten der Energieversorgung rennt eine Ökologiebewegung (oder auch ein Klimacamp) offene Türen ein. Konzerne und Regierungen sind hier sicher für jeden Hinweis offen. Dass es eine ökologische Krise gibt, dass das fordistische Energiesystem unglaublich ineffizient war, dass Fabriken, Staaten und nicht zuletzt Individuen schlank, fit, gesund und effizient sein sollen?
diese einfachen (ideologischen) Wahrheiten locken heute keine_n mehr hinterm BHKW hervor. Es gibt keine technischen Lösungen für soziale Probleme.

Streiten müsste mensch sich also viel eher mit der täglich wachsenden Zahl von Öko-Kapitalist_innen, die der Meinung sind, es bräuchte hinsichtlich gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse keine Veränderung, sondern eben einzig eine "Effizienzrevolution". Lassen wir uns also auf diese Diskussion ein: Kann es einen ökologischen, nachhaltigen Kapitalismus geben? Dabei lassen wir kurz mal außer acht, dass Kapitalismus in erster Linie auch eine Art und Weise ist, wie soziale Beziehungen in der Gesellschaft organisiert sind, also immer auch mit Unterwerfung und Ausbeutung von Menschen verknüpft ist. Die Diskussion um Öko-Kapitalismus ist schon aus diesem Grund automatisch zynisch, weil sie das nicht berücksichtigt. Dazu später mehr.

Mit Blick auf das Energiesystem ist ein nachhaltiger Kapitalismus wohl durchaus vorstellbar. In der technokratischen Denkweise, der es eben vor allem um Modernisierung geht, ist überhaupt einiges denkbar und machbar (Recycling, Einbeziehung nachwachsender Rohstoffe...), sicher fällt also den Technokrat_innen auch eine Lösung für das Klimaproblem ein. Das transnationale Konzerne wie BP gerade massiv im Bereich alternative Energien investieren, scheint ja diese These erstmal zu bestätigen. Hier kommen wir wieder auf den eingangs erwähnten Zusammenhang von Kapitalismus und Naturzerstörung: Kapitalismus bedeutet immer, dass der kapitalistische Markt wächst. Und mehr Wachstum bedeutet mehr Zerstörung. Der Kapitalismus als System muss zerstören, dauerhaft. Das ist der einzige Zweck kapitalistischer Produktion: nachhaltig und im Zweifel auch effizient Mehrwert erzielen. Wer das nicht schafft, geht unter.

Den Kapitalismus also ökologisch zu zähmen, ihn mit seinen ureigensten Mittel, dem Markt, effizient gestalten, daraus wird wohl nichts, daraus kann nichts werden. Der Kapitalismus mit seiner Wachstums- und Verwertungslogik nutzt alle ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen. Dabei spielt es keine Rolle, welche Folgen dies für Mensch und Natur hat. Bspw. wird der Rohstoff Öl benutzt, weil er existiert und verwertbar gemacht werden kann. Welche Auswirkungen die Nutzbarmachung, also das Verbrennen von Öl für Mensch und Natur hat, spielt keine Rolle. Das "Klimaproblem"
ist wie andere Umweltprobleme auch, eine (gravierende) Auswirkung dieses Systems.

Beschränkt sich die Auseinandersetzung also auf eine Effizienzrevolution oder gar den den "Hauptfeind CO2", ist nichts gewonnen. Die Zerstörungsdynamik wäre evtl. ein wenig verlangsamt, aber nicht gestoppt. Eine Ersatz-Ressource wäre schnell gefunden. Ökologische Politik muss der Logik der imperialen Lebensweise, muss dem Kapital, muss den transnationalen Konzernen und dem Staat Grenzen setzen, sonst hat sie diesen Namen nicht verdient. Moralische Appelle mit Blick auf aussterbende Eisbären helfen angesichts struktureller Gewalt und Herrschaft nicht weiter, die Orientierung am wissenschaftlichen Dialog ebenso wenig. Denn, frei nach dem Genossen Marx: Was könnte also die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr so simple Dinge wie den Schutz der natürlicher Lebensgrundlagen aufzuherrschen?

Klimawandel und soziale Frage

Die Ursache für Armut, Hunger, soziale Ausgrenzung und Unterdrückung ist dieselbe wie die für den Klimawandel. Somit ist auch das politisch zu bekämpfende dasselbe. Der Kapitalismus mit seiner Wachstums- und Verwertungslogik nutzt alle ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Verwertungslogik mitsamt der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus warf und wirft die "soziale Frage" erst auf. Darum kann eine Bewegung, die sich kritisch mit dem Klimaproblem auseinander setzt, an anderen sozialen Bewegungen anknüpfen, die sich mit den Auswirkungen des Kapitalismus oder dem Kapitalismus selbst auseinander setzen. Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Beispiele hierfür sind die Anti-Atombewegung, die Arbeiter_innenbewegung, die globalisierungskritische Bewegung, die antifaschistische Bewegung, die anarchistische oder kommunistische Bewegung. Alle diese Bewegungen setzen sich direkt oder indirekt mit dem Kapitalismus auseinander. Wie bereits seit mehr als einhundert Jahren basieren etliche Probleme auf diesem Wirtschaftssystem. Es gehört abgeschafft.
Dies sollte von linksradikaler Seite gefordert und ggf. wiederholt werden, wenn es um das Thema Klima geht. Ohne ein anderes Wirtschaftssystem ist auch dieses ?Problem? nicht lösbar.

Wider die Verzichtsdebatte

In der Klimadebatte wird häufig, auch von linker Seite, über Verzicht geredet. Es wird suggeriert, dass individueller Konsumverzicht bzw. das Ändern des Konsumverhaltens zur Lösung des ?uns alle? bedrohenden Klimaproblems beiträgt. So sind Forderungen nach einem europaweiten Flugverbot, nach Tempolimits auf Autobahnen oder zum Wechseln des Stromanbieters zu verstehen. Diese "Verzichtsdebatte" ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Zum einen geht diese einher mit dem neoliberalen Diktum der Konsumfreiheit. Wir ?dürfen? wählen, was wir kaufen, nicht aber
was und wie produziert wird. Wir entscheiden uns für ein bestimmtes Brötchen statt uns die Backstube anzueignen.
Zum anderen ist eine Debatte, die sich um Verzicht dreht, nicht gerade populär. Es wäre ein einfaches für die Herrschenden dieser Debatte mit einem verheissungsvollen "weiter so" zu begegnen und uns als Spaßbremsen abzutun. Die Wirklichkeit verhält sich indes anders. Wir wollen mehr Spaß, ein besseres Leben für alle. Das sollten wir auch so formulieren und nicht autoritären Politikern die Möglichkeit geben, sich als Hüter der Freiheit zu präsentieren.

Auch die herrschende Wissenschaft erklärt uns ständig...

...eine der größten Gefahren, die uns bevorsteht, ist die Klimaveränderung . Dafür gäbe es verschiedene wissenschaftliche Anhaltspunkte. Was bedeutetes denn, dass sich das Klima eigentlich nicht verändern

soll? Was für Standards sollen denn erhalten werden? Und was wird propagiert um dieses Ziel zu erreichen?
Erhalten werden soll die imperiale Lebensweise und damit verbunden auch die Macht des Kapitals aus den kapitalistischen Zentren. Wie sieht diese Lebensweise aus: In sog. "Billiglohnländern" wird produziert, wobei die dortigen Arbeiter_innen nicht von ihrem Lohn leben können? in westlichen Ländern freut mensch sich am Konsum, guckt verträumt auf's Handydisplay.
Für die Herstellung von Konsumgütern werden immens Ressourcen und Energie verbraucht. Und diese Ressourcen sollen weiterhin aus Post- bzw. Neokolonialisierten Ländern kommen. Die Argumentationslinie läuft dabei folgendermaßen: Die noch nicht so ?entwickelten? Länder würden mit einem Schlag viel mehr Klimagase produzieren als bisher, wenn sie den gleichen Weg wie die Industrieländer nehmen würden. Deswegen soll diese imperiale Lebensweise allein aus ökologischen Gründen bestehen bleiben. Solange das Kapital profitiert und uns die Beschäftigung mit unserem Konsum vom selben denken ablenkt/abhält, wird sich das auch nicht ändern. Gerade ist es ja so, dass wir laut Politik und Kapital das Denken lieber der bestehenden, herrschenden Wissenschaft überlassen. Diese wird sicher herausfinden, was das Problem ist und wie es gelöst werden kann. Das Kapital und die Politik wird dann dementsprechend handeln. Keine Angst, es ist für alles gesorgt? Komisch nur, das "wissenschaftlich" immer herausgefunden wird, was der Industrie und dem Kapitalismus, somit den bestehenden Herrschaftsverhältnisssen von nutzen ist. Die Wissenschaft, die hier betrieben wird, ist Teil des bestehenden Herrschaftssystems und will allein um sich selbst zu erhalten die bestehenden Verhältnisse mit ihren Mitteln erhalten. Und "ihre Mittel" sind es uns wisssenschaftlich vorzugaukeln, dass sie das Problem schon technisch lösen wird, dass sie die Mittel kennt bzw. herausfinden wird. Wir sollen hörig sein und artig und dann wird sich schon alles richten. Diese Art der Lösung könnte aber, selbst wenn mensch die bestehenden Strukturen in der herrschenden Wissenschaft gutheißen würde, nicht funktionieren. Die gegenwärtigen und zukünftigen ökologischen Katastrophen sind kein technisches Problem, sondern ein soziales: Sie haben ihre Grundlage in unfreien, ungerechten und irgendwie auch unvernünftigen gesellschaftlichen Verhältnisssen.

Der Klimawandel als Ursache für Migration
Die Regierungen der großen Industrieländer, wie z.B. USA, Kanada, Deutschland, Frankreich und Spanien sehen mittlerweile die durch den Klimawandel zunehmende Migration als massives Problem für ihre Interessen.
In zahlreichen Studien wird sie gar als Problem für die "nationale Sicherheit" bezeichnet. Konsequenz davon wird die noch stärkere Abschottung der Industrieländer in Form von militärisch gesicherten Grenzen und großen Flüchtlingscamps sein (wie bspw. die EU Grenze mit Marokko). Heute schon sind sich die EU-Staaten darüber einig. Wie mensch sich aus der Verantwortung stiehlt, zeigt sich am Beispiel der Pazifik-Insel Tuvalu. Vertreter der 11.000 Bewohner_innen erkundigten sich 2001 bei den Staatschefs von Australien und Neuseeland, ob sie denn aufgenommmen würden, wenn ihre Insel wie prognostiziert im steigenden Meer versinken würde. Dem Entsetzen über diese Anfrage folgte das großzügige Angebot Neuseelands, jährlich 75 (!) Bewohner_innen des kleinen pazifischen Inselstaates aufzunehmen. Bei den aktuellen Klimawandel-Debatten und großen Bemühungen geht es den Industrieländern keineswegs darum, etwas für die Umwelt oder gegen den Klimawandel zu tun. Es geht auch nicht, aus purer Nächstenliebe etwas Gutes zu tun. Auch hier zeigt sich wieder mal, dass es in der Hauptsache darum geht, den eigenen Lebensstandard, einen ungebremsten Produktions- und Profitkreislauf und den eigenen Konsum zu sichern.
Die Lebensweise in den Industrieländern war und ist nur auf Kosten anderer möglich. Die kolonialen Verhältnisse werden durch den Klimawandel reproduziert und verfestigt. Soziale Probleme werden strukturell verschärft und verursachen somit einen enormen Anstieg der Anzahl von Klimaflüchtlingen. Die UN geht von einem Anstieg von 25 (1995) auf 200 Mio pro Jahr bis Mitte des Jahrhunderts aus. Für uns als Linksradikale folgt daraus einmal mehr: Alle Grenzen müssen abgeschafft werden!

Die Rolle der NGOs in der Klimadebatte

Wie in allen populären Politikfeldern mischen auch in der Klimadebatte NGO mit. Sie treten bspw. in Form der sog. Klima-Allianz auf, einem Zusammenschluss von 80 NGO aus verschiedensten politischen und sozialen Spektren. Sie beraten nicht selten die Herrschenden, wie bei den Weltklimakonferenzen, und zähmen die sozialen Bewegungen.

Was sind NGOs?

Es gibt keine eindeutige Definition. Allerdings sind sie in der Regelnicht basisdemokratisch, nicht antikapitalistisch, stellen nicht die bestehenden Herrschaftsstrukturen in Frage, sondern möchten in bestimmten Punkten mitsprechen und das bestehende System korrigieren. Ein wichtiges Kriterium ist die meist professionelle Organisation, die vermeintlich realistische Ziele verfolgt und eng mit der Politik zusammenarbeitet. NGOs verstehen sich häufig als Stellvertreter_innen der sog. Zivilgesellschaft und werden als solche auch von den Politiker_innen wahrgenommen. Es folgt z.B. auch die Akkreditierung von bestimmten NGOs bei der UNO, die dann dort mit Konsultativenstatus eingebunden sind. Politikberatung ist ein neues Schlagwort mit dem sich viele NGOs angesprochen fühlen. Am wohlregulierten Katzentisch sitzen NGOs und sehen nicht wie begrenzt ihre Beteiligungsmöglichkeiten sind.

NGOs können häufig nicht unabhängig agieren, da sie auf finanzielle Unterstützungen angewiesen sind, seien dies staatliche Finanzierungen, Stiftungen, Spenden oder sogar Mittel von Konzernen. Sie sind am Medien- und Spendenmarkt orientiert. Das heißt nicht, dass wir nicht auch Gelder von bestimmten Stiftungen nehmen und Spenden benötigen. Aber wir richten unsere Politik nicht nach unseren Geldgeber_innen aus.

... NGOs werden ... als Bestandteil eines politischen Herrschafts- und Regulationskomplexes aufgefasst, der nach Gramsci als 'erweiterter Staat' bezeichnet wird. NGOs sind demnach an 'der Transformation des Staates' beteiligt. Weil sich der Staat internationalisiert, ist er auf größtmöglichen Konsens innerhalb der Zivilgesellschaft angewiesen, die ihrerseits als Antwort auf die Globalisierung transnationaler Strukturen sprich Netzwerke bildet. NGOs fungieren als gesellschaftliche Regulationsinstanz, die dem hegemonialen Projekt der neoliberalen Globalisierung Legitimität verschafft und so ambivalenter Weise zur Akzeptanz der Globalisierung beitragen?1

NGOs verlieren meist den Blick für das Ganze, die strukturellen Zusammenhänge. Sie beziehen sich nur auf ihre Einzelforderungen und stellen realistische systemkorrigierende Forderungen auf. Basisbewegungen hingegen kämpfen für eine andere Welt und begnügen sich nicht mit kleinen machbaren, von den Herrschenden akzeptiert Zugeständnissen. NGOs als Vertreter_innen der sog. Zivilgesellschaft können als "TÜV für gute Regierungspolitik" gelten. Staatskritik, antikapitalistische Haltung passt grundsätzlich nicht zu NGOs, da sie mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten woll-

len und nur kleine Dinge verändert wollen und nicht das System an sich in Frage stellen. Die Deutungshoheit der Regierungen wird von NGOs beibehalten, die Regierungen nehmen berechtigte Kritik auf und verstehen sie in Bahnen zu lenken, so dass sie das System nicht ins Wanken bringen können, sondern eine der Weg für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung geebnet wird.
Viele NGOs leisten Zuarbeit und sehen nicht, dass sie in ihrer Beteiligung die Arbeit der Regierungen oder Konzerne erledigen und damit weitreichender Kritik den Wind aus den Segeln nehmen Die Machtkonzentration und die zugrunde Herrschaftsverhältnisse müssen aber in Frage gestellt werden, um weltweite Veränderungen herbeizuführen. Die neoliberale Globalisierung muss als ganzes in Frage gestellt werden, um eine solidarische, demokratische und emanzipatorische Gesellschaft zu schaffen.

Wie eingangs geschrieben, es gibt keine eindeutige Definition von NGOs, aber wir werden spätestens dann hellhörig, wenn sich eine Organisation als NGO bezeichnet oder bezeichnet wird. Wir möchten uns kritisch mit NGOs auseinander setzen und eine Debatte anstoßen und stehen dabei den Menschen, die sich NGOs zugehörig fühlen mit kritischer Solidarität gegenüber. Uns ist es wichtig möglichst viele Menschen auch in die Diskussion, Vorbereitung und Durchführung des KlimaAktionCamps miteinzubeziehen, d.h. für uns dass das linksradikale Spektrum hier seinen Platz haben soll, sich beteiligt und seine Positionen klar zum Ausdruck bringt.

Was wir wollen?

Wir wollen die Zerschlagung von Kapital, Patriarchat, Staat, ... die Abschaffung weiterer Herrschaftsmechanismen wie Rasssismus, religiösen Fanatismus.
Dies werden wir nicht durch Appelle oder den Glauben an die besseren Argumente erreichen. Notwendig sind direkte Interventionen.
Uns ist bewusst, dass wir bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen ?nur? an einzelnen Punkten stellvertretend für das Ganze angreifen können. Dabei lassen wir uns in der Wahl der Mittel nicht beschränken.
Doch nun zu unserer Utopie: Wir wollen einen gleichberechtigten Umgang miteinander. Und eine Wirtschaft, die sich nicht an Profitinteressen ausrichtet, sondern an den konkreten Bedürfnissen von Menschen. Wie mit unseren Problemen umgegangen werden soll, kann nicht auf ein Parlament abgeschoben oder in den Chefetagen der Wirtschaft entschieden werden. In unseren politischen Strukturen, Wohngemeinschaften, Bezugsgruppen, Kommunen, Kollektiven, ... versuchen wir anders miteinander umzugehen. Dabei scheitern wir auch immer wieder an den auch von uns verinnerlichten herrschenden Verhältnissen. Diese wollen wir somit nicht nur politisch angreifen, sondern auch in uns selbst in Frage stellen. Das Klimacamp soll für uns daher auch ein sozialer Ort sein, an dem ein Umgang miteinander jenseits von Chef_in und Staat erfahrbar werden kann.

Zusammen mehr erreichen!
Für freie und selbstbestimmte Gesellschaft

anti-atom-plenum berlin,
januar 2008



Donnerstag, 01.05.
Soliparty für antifaschistische Arbeit in Hamburg: „Erst die Arbeit dann das Vergnügen"
23:00 Uhr

Freitag, 02.05.2008
Soliparty: Tribute to Kayo – Soliparty für Oury Jalloh; Live: Olumide Popoola + Band (Spoken Word/ London), 56er Boys und diverse Dj
23:00 Uhr

Samstag, 03.05.2008
HC/Punk Konzert: Rhythm to the Madness (Bel), Seed of Pain (CH) + TBA
20:30 Uhr

Dienstag, 06.05.2008
Noise-Konzert: „LIETTERSCHPICH DIET" NOISE AUS TEL AVIV, „CADAVER EYES" NOISE AUS TEL AVIV
21:00 Uhr

Freitag, 09.05.2009
Festival: „Change begins with You": fällt aus

Samstag, 10.05.2009
Goa-Party: Lonely Forest; Live: *Psyko Mantis - Hannover (Savva Rec. / Waldfrieden), *Taksha - Berlin (come2dance), *Connexx - Rügen (Savvva records & Anuana Tribe), *MadPsychos - Elmshorn (8dma-HH), *Psyber Pixel - Rügen (DMT-Crew) + diverse DJ + Deco gibts auch
21:30 Uhr, die ersten Live-Acts beginnen vor 24h

Samstag 17.05.2008
Antifa-Soli-Party: "ScheinWerfer"
Elektro/Minimal/Techno Floor + Drum n' Bass Floor - *23:00 Uhr*

Sonntag, 18.05.08
Konzert: Radio-Gagarin, To live and shave in LA. (Experimental Electronic Rock/ USA), SickBoy (Hardcoretechno/ Belgien), Istari Lasterfahrer (Breakcore/ Hamburg), Bruno and Michel are smiling with Skiperrrr (Breakcore/ Hamburg), DJ Jetzmann (Radio Gagarin/ Hamburg) - *21:00 Uhr*

Samstag, 24.05.2008
Soliparty: Flora-Klo-Soli: Reggae, Dub
23:00 Uhr

Sonntag, 25.05.2008
Konzert: Kill The Cat (Postpunk, Griechenland) Strait Jacket Fit (Ska/Punk, Griechenland)
21:00 Uhr

Montag, 26.05.2008
Konzert: Arabrot (Noiserock, Norwegen) + support
21:00 Uhr

Donnerstag, 29.05.2008
HC-Konzert: Kingdom (USA), Anchor (Schweden) - *20:30 Uhr*

Freitag, 30.05.2008
Konzert: Soli-Konzert für Archiv der sozialen Bewegungen: * Commandantes, ArbeiterInnen-Punk (Bielefeld/Bremen), * Yok, RevolteSpringen Akkordeon-Power (Berlin), * Rotdorn, Polit-Folk (HH), * Smoki Texas, Ska, Reggae, Rock (HH) - *20:00 Uhr*

Samstag, 31.05.2008
Definitionsmacht: Ja! - aberauchselbstwenndoch; Veranstaltung zu Definitionsmacht und Umgang mit sexualisierter Gewalt
16:00 Uhr

Samstag, 31.05.2008
Techno Party: Brainstorm; Eine Technotanzveranstaltung zum Erhalt der experimentellen Technokultur in Hamburg.
23:00 Uhr

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr